

## **Linksfraktion Duisburg begrüßt Angebote des LVR für Flüchtlinge**

17. Dezember 2014

Der Landschaftsverband Rheinland macht eine Reihe von Angeboten als Beitrag zur Unterstützung der Kommunen bei der Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen. Mit dem Landesjugendamt, dem Klinikverbund, aber auch als überregionaler Immobilienträger hat der LVR Kompetenzen und Möglichkeiten, die jetzt ausdrücklich zur Unterstützung der Hilfebedürftigen angeboten werden.

„In Anbetracht der großen Probleme der Kommunen Flüchtlinge adäquat zu versorgen, begrüßt die Linksfraktion Duisburg die auf Schnelligkeit und wenig Bürokratie angelegten Maßnahmen des Landschaftsverbandes ausdrücklich“, so Martina Ammann-Hilberath, Fraktionsvorsitzende der Linksfraktion Duisburg.

Ammann-Hilberath ergänzt: „Insbesondere die Anregung sowohl durch LVR eigene Mittel als auch durch Ländermittel die Situation in den Erstaufnahmeeinrichtungen zu verbessern ist ein positives Signal. Des Weiteren ist die Unterstützung seitens des LVR im medizinischen Bereich positiv anzumerken. Insbesondere die Erstgespräche in der jeweiligen Muttersprache und die Bereitstellung von LVR Haushaltsmitteln zur Intensivierung der medizinischen Behandlungen sind Schritte in die richtige Richtung. Als rheinlandweiter Immobilienträger stellt der LVR leer stehende Flächen, die als Wohnraum genutzt werden können, zur Flüchtlingsunterbringung zur Verfügung und kann somit einen wichtigen Beitrag zur Unterstützung der Kommunen leisten.“

Darüber hinaus erklärt Martina Ammann-Hilberath: „Die Kommunen in NRW sehen sich momentan enormen sozialen und finanziellen Herausforderungen gegenüber. Sie sind verantwortlich für die Unterkunft, die Betreuung und die Versorgung von Flüchtlingen und stoßen aufgrund der steigenden Anzahl von Flüchtlingen an ihre personellen und finanziellen Grenzen. Eine menschenwürdige Unterbringung in Wohnungen, ausreichende medizinische Versorgung, Teilhabe an der schulischen Bildung, Integration in die Gesellschaft, Planungssicherheit und Zukunftsperspektiven müssen Mindeststandards sein, denen sich alle Ebenen verpflichten sollten. Diese Mindeststandards sind jedoch von Kommunen alleine nicht bereitzustellen und es bedarf hier der finanziellen und personellen Unterstützung.“

Ammann-Hilberath ergänzt: „Gerade der Bund, aber auch die Länder entziehen sich ihrer Verantwortung und lassen die Kommunen, als schwächste Glieder in der Kette, oftmals im Stich. Nach den positiven Signalen vom LVR müssen Länder und Bund nachziehen. Vor dem Hintergrund der wachsenden Anforderungen können sie die Kommunen nicht weiter mit ihren Problemen alleine lassen.“

Abschließend fordert Ammann-Hilberath: „Um die Angebote des LVR schnellstmöglich nutzen zu können erwarten wir von der Stadt, dass dem LVR die konkreten Bedarfe vor Ort dargestellt werden.“

**BM Kocalar zufrieden vom Deutschen Städtetag zurück**

01. Dezember 2014

In ihrer gestrigen Sitzung wählte die Gesamtfraktion der LINKEN Martina Ammann-Hilberath mit großer Mehrheit zur neuen Vorsitzenden. Sie löst damit den langjährig aktiven Fraktionssprecher Hermann Dierkes ab. Zur Ruhe setzt sich Ratsherr Dierkes nicht. Als neuer stellvertretender Vorsitzender wird er auch weiterhin seine Erfahrungen und Ideen einbringen.

Bürgermeister Erkan Kocalar bedankte sich im Namen der Gesamtfraktion für die gute und erfolgreiche Zusammenarbeit. Er erinnerte an die unterschiedlichen politischen Bedingungen, unter denen die LINKE bzw. ihre Vorläuferorganisation in Rat und Bezirksvertretungen aktiv war und ist. Sei es in der Opposition oder heute in einer rot-rot-grünen Kooperation, durch die Hermann Dierkes die Fraktion sicher geleitet hat. Kocalar: „Eine solche erfolgreiche Arbeit funktioniert nur auf der Basis von Vertrauen und Zusammenarbeit.“ Hermann Dierkes betonte in seiner Rede, dass er mit 13 Jahren der im Rat am längsten amtierende Fraktionsvorsitzende ist und es an der Zeit sei, der Öffentlichkeit „neue Gesichter“ zu präsentieren und mit Martina Ammann einer kompetenten Ratsfrau ihre Chance zu geben.

Der Wechsel wird Mitte März erfolgen, wenn Ratsfrau Ammann eine Weiterbildungsmaßnahme beendet haben wird. Martina Ammann: „Ich bin mir über die Herausforderung im Klaren und froh, erfahrene Genossinnen und Genossen an meiner Seite zu haben.“

Als neuer Beisitzer im Fraktionsvorstand wurde der Meidericher Bezirksvertreter Kenan İlhan ebenfalls mit großer Mehrheit gewählt.

**Aufwandsentschädigung für Aufsichtsräte**

12. November 2014

In der nächsten Ratssitzung steht eine Neufestsetzung der Aufwandsentschädigung für die Aufsichtsräte der kommunalen Gesellschaft der Duisburger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft (DVV) und damit auch der Duisburger Stadtwerke (SWDU) und der Duisburger Verkehrsgesellschaft (DVG) an.

Dazu nimmt die Fraktionsvorsitzende der Linksfraktion Stellung:

„Die Kürzungs- und Streichungsmaßnahmen im Haushalt 2015 zeigen deutlich die ganze Hilflosigkeit der Verwaltung die finanziellen Löcher zu stopfen. Andererseits sollen erhöhte Aufwandsentschädigungen aus den kommunalen Unternehmen an die Aufsichtsräte fließen. Das ist nicht nachvollziehbar. Wir werden im Rat beantragen, die geplanten Aufwandsentschädigungen um 1/3 zu kürzen.“

Ursache für die schwierige Lage der genannten kommunalen Gesellschaften sieht die Linksfraktion in den Entscheidungen der Bundesregierung. Die sog. Energiewende stürzt die Stadtwerke in eine finanzielle Katastrophe, über den finanziellen Querverbund mit der DVG wird damit auch der öffentliche Nahverkehr gefährdet. „Das bedeute durchaus, dass Aufsichtsräte eine große Verantwortung tragen, auch dass sich erhöhte Anforderungen an die Aufsichtsräte stellen – aber werden sie dem nur dann gerecht, wenn die Aufwandsentschädigungen erhöht werden?“ fragt sich die Linksfraktion.

**Kommunale Spitzengehälter begrenzen**

11. November 2014

„Für die Vergütung von Vorständen, Geschäftsführern und Managern im kommunalen Bereich muss es eine klare Grenze geben.“ Martina Ammann-Hilberath, Vorsitzende der Linksfraktion. „Nicht nur die Gemeinwohlorientierung kommunaler Unternehmen widersprechen übermäßige Vorstandsbezüge, auch die Bürgerinnen und Bürger haben wenig Verständnis dafür angesichts der leeren öffentlichen Kassen.“

Die Linksfraktion will eine klare Grenze für die Vergütung von Vorständen und Geschäftsführern ziehen. Ein Jahresverdienst von 300.000 Euro, was in etwa der Vergütung der Bundeskanzlerin entspricht, sollte dabei die Grenzmarke sein. Ein entsprechender Antrag wird dem Rat zur nächsten Sitzung vorgelegt.

„Bonuszahlungen sollten spätestens seit der Finanzkrise insbesondere für kommunale Unternehmen ein tabu sein und bei einer zukünftigen Vertragsgestaltung ausgeschlossen werden,“ so Martina Ammann-Hilberath. „In der letzten Wahlperiode wurden bereits erste Schritte unternommen, um den Trend in immer mehr und immer teureren Managern zu unterbrechen. So sind z.B. sind heute die Aufwendungen für die Vorstandsetage bei der DVV und bei der Gebag bereits erheblich unter den vorherigen Stand.“

**Streichkonzert abgesagt**

04. November 2014

Am letzten Wochenende hat die Linksfraktion nach eingehender Beratung die große Mehrheit der vorgelegten Streich- und Kürzungsliste der Verwaltung zum Haushalt 2015 abgelehnt. „Die Maßnahmen sind weder sozial ausgewogen noch zukunftsweisend“, so Martina Ammann-Hilberath, Vorsitzende der Linksfraktion nach der Haushaltsklausur.

Die Ratsfraktion DIE LINKE hat in den vergangenen Jahren mit viel Energie und Mühen einen Haushaltssanierungsplan in der rot-rot-grünen Kooperation erarbeitet, der gerade die Kürzungen in Bereich der kommunalen Daseinsvorsorge verhinderte, die jetzt wieder auf der Tagesordnung stehen.

„Die Kürzungen bzw. Streichungen von Maßnahmen, wie sie vorgelegt wurden, machen keinen Sinn. Wer zum Beispiel bei wichtigen Integrationsmaßnahmen, wie Sprachförderung, spart, dem fällt das Ergebnis früher oder später auf die Füße. Das gleiche gilt für die Schließung von Jugendzentren und erst recht für die Schließung von Stadtteilbibliotheken. Diese Liste lässt sich mit vielen Maßnahmen fortsetzen. Das kurzfristige Sparen an sozialer und kultureller Infrastruktur wird mittel- und langfristig teurer werden und zu einem Verlust der Attraktivität der Stadt führen.“

Das Durchschnittseinkommen der Duisburger Bevölkerung liegt am unteren Ende im Vergleich aller Großstädte der alten Bundesländer. Das ist bitter für einen großen Teil derjenigen, die hier leben. Nicht einsehbar ist aber, dass sie trotz allem auch noch erhöhte Gebühren für beispielsweise Kindertagesstätten oder für VHS und Stadtbibliothek zahlen sollen.

Nicht nachvollziehbar sind auch die hohen Kürzungen im Bereich der Erstattung der Kosten der Unterkunft bei gleichbleibender hohen Zahl von Langzeiterwerbslosen. Hier darf nicht gekürzt werden sondern es muss Geld in die Hand genommen werden um Zukunftsperspektiven zu eröffnen.

Die vorgeschlagenen Maßnahmen der Verwaltung, die auch von der Linksfraktion getragen werden können, werden nach der heutigen Datenlage nicht ausreichen, um die finanzielle Lücke im Haushaltssanierungsplan zu schließen. Gewissheit werden letztlich die aktuellen Zahlen bringen, die der Kämmerer am 17.11.14 präsentieren will.“

Eine Lösung der kommunalen Finanzkrise werden die hochverschuldeten Städte und Gemeinden nicht über hilflose Streichkonzerte aller sog. freiwilligen Leistungen erreichen. Die Kommunen brauchen eine solide finanzielle Basis zur Bewältigung ihrer gesetzlichen Aufgaben. Dazu muss der kommunale Anteil an den staatlichen Gesamtsteuereinnahmen deutlich erhöht werden.

## **Linksfraktion fordert Transparenz bei den Managerbezügen städtischer Unternehmen**

29. Oktober 2014

Die Diskussion über die Geschäftsführerbezüge städtischer Unternehmen und Beteiligungen dauert an. Die Linksfraktion fordert nun mehr Transparenz. Martina Ammann-Hilberath, Fraktionsvorsitzende:

„Wir werden im Rat beantragen, dass der OB einmal jährlich eine Übersicht veröffentlicht, aus der die Bezüge der Geschäftsführer und Vorstände städtischer Unternehmen, ihre Entwicklung und die Anzahl der Vorstandsmitglieder im Vorjahresvergleich ersichtlich ist.

Rechtlich sind etliche von ihnen inzwischen ohnehin gehalten, dies zu tun. Deshalb sollte eine Veröffentlichung auch geschehen. Für die Öffentlichkeit wäre eine solche Übersicht einfacher nachzuvollziehen. Das kommunalpolitisch so wichtige Thema käme heraus aus dem Bereich von Spekulation, Unvollständigkeit und „Enthüllung“. Die Debatte könnte - auch hinsichtlich der Angemessenheit der Bezüge hinsichtlich Aufgaben, Verantwortung und Branchenüblichkeit - enorm versachlicht werden.“

Ammann-Hilberath weiter: „Duisburger BürgerInnen haben ein Recht auf solche Informationen, gerade in Zeiten knapper Kassen, ausbleibender Dividenden und weiterer Haushaltskürzungen.“

## **DIE LINKE beobachtet Flüchtlingsunterbringung vor Ort**

24. Oktober 2014

Die Landesregierung NRW lag im Vergleich aller Bundesländer bei der Kostenerstattung für die Unterbringung von Flüchtlingen am unteren Ende. Das Ergebnis des Flüchtlingsgipfels in NRW, die Pauschalen für die Unterbringung von Flüchtlingen um 25 Prozent bzw. landesweit um 40 Mio. Euro zu erhöhen, kann daher nur begrüßt werden. „Beschämend bleibt, dass erst nach den skandalösen Misshandlungen von Flüchtlingen ein solcher Gipfel überhaupt zu Stande kam, „ so Lukas Hirtz, Kreissprecher der LINKEN Duisburg.

DIE LINKE Duisburg hofft, dass das zusätzliche Geld auch den Betroffenen zugutekommt und die Lebenssituation der Flüchtlinge verbessert wird.

Martina Ammann-Hilberath, Vorsitzende der Linksfraktion in Duisburg: „Der Einsatz einer Ombudsperson hat daher für uns eine große Bedeutung. Wir brauchen Transparenz über die Lebensbedingungen in den Einrichtungen und vor allem eine Beschwerdemöglichkeit, damit sich Zustände, in denen Menschen misshandelt werden, gar nicht erst entwickeln. Das Zugeständnis der Landesregierung an die Flüchtlingsinitiativen, dezentrale Beschwerdestellen einzurichten, muss jetzt auch zügig in Duisburg umgesetzt werden.“

„Wir hoffen, dass die öffentliche Wahrnehmung der Flüchtlingsproblematik auch dazu führt, dass die europäische Abschottungspolitik im Mittelmehr überdacht wird,“ so Lukas Hirtz. Die teils miserable Unterbringung von Flüchtlingen, Gewalt und Erniedrigung ist nur eine Seite des Skandals und kann verhindert werden. Auf der anderen Seite stehen hunderte Menschen, die jährlich im Mittelmeer auf der Flucht ertrinken. Das muss ein Ende haben.“

## **Kürzungskurs trotz erhöhter Landeszuweisungen für LINKE unverständlich**

17. Oktober 2014

„Der sogenannte Stadtstärkungspakt stellt für die Kommunen in NRW nur einen Tropfen auf den heißen Stein dar. Jetzt hat Duisburg, durch die erhöhten Landeszuweisungen, die Chance einer weiteren Erosion zu entgehen. Da ist es fahrlässig, wenn die neuerliche Tränenliste aufrecht erhalten wird. Das Gemeinwesen pfeift aus dem letzten Loch, weitere Kürzungen führen zum Kollaps. Wollen, ja können wir es uns, trotz erhöhten Zuwendungen seitens des Landes, leisten, die Sozialaufgaben, wie Jugend, Kultur, Sport und Bildung, aufs Spiel zu setzen? DIE LINKE sagt nein: Gemeinden und Kreise sind für elementare Aufgaben da. Sie sichern den Lebensunterhalt derer, die kein anderes Sozialsystem auffängt. Bei den KdU darf es keine Kürzungen zu Lasten der Empfänger geben. Kommunen finanzieren – immer noch – den größeren Teil der öffentlichen Investitionen und sind damit ein wichtiger Wirtschaftsfaktor“, widersprechen Erkan Kocalar, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Linksfraktion Duisburg und Lukas Hirtz, Sprecher der Duisburger LINKE, dem Stadtkämmerer.

„Wie ein Land seine Kommunen finanziell ausstattet, sagt viel darüber aus, welche Bedeutung sie der örtlichen Gemeinschaft und den öffentlichen Aufgaben zumisst. Duisburg erhält mehr Geld vom Land. Mit 478 Millionen Euro übersteigen die Schlüsselzuweisungen des Landes die erwartete Zahlung, in Höhe von 470 Millionen Euro, deutlich. Somit wäre es möglich und politisch richtig, soziale und kulturelle Sparmaßnahmen, wie die Schließung von Bädern und Büchereien, zu vermeiden, um die soziale Stadt zu stärken. Es ist unverantwortlich, trotz erhöhter Einnahmen, am Sozialabbau festzuhalten. Jetzt ist die Politik in Duisburg gefragt, einen Haushalt 2015 zu verabschieden, der Sozial, Demokratisch und Ökologisch ist“, ergänzt Erkan Kocalar.

Nicht zuletzt gilt die lokale Demokratie als elementar für unser politisches System. Setzt die Kommune, trotz erhöhten finanziellen Spielraums auf Sparkurs, so höhlt dies das Verfassungsgut der kommunalen Selbstverwaltung aus und trägt zur Politikverdrossenheit bei, so die Linken, die weiterhin auf eine Vermögenssteuer bestehen, um die städtischen Angebote zu verbessern.

## **Die städtischen Gesellschaften müssen ihren Beitrag zum Haushalt leisten**

17. Oktober 2014

Die Jahresgehälter der Vorstände und Geschäftsführer der städtischen Tochtergesellschaften beliefen sich, im Jahr 2013, auf insgesamt 6,5 Millionen Euro. Im Gegensatz zum Vorjahr entspricht dies einer fast zehnpromtigen Steigerung. Vor dem Hintergrund der Sparmaßnahmen im kommenden Stadthaushalt sind diese Bezüge für Normalverdiener nicht mehr vermittelbar, erklären die Duisburger LINKE.

„DIE LINKE. Duisburg wird diese Fehlentwicklung nicht hinnehmen und spricht sich für eine Restrukturierung der städtischen Gesellschaften aus. Insbesondere bei der maßlosen Steigerung der Bezüge muss gegengesteuert werden. Außerdem sind die städtischen Gesellschaften, im Rahmen ihrer Möglichkeiten, dazu zu verpflichten mehr Geld an die Stadt abzuführen, um somit ihren Beitrag zur Konsolidierung des Haushaltes mitzutragen“, so Martina Ammann-Hilberath, Fraktionsvorsitzende der Linksfraktion.

Die kommunale Finanzsituation nachhaltig und dauerhaft zu verbessern, muss natürlich weiterhin eine der größten Herausforderungen für die Politik des Bundes und der Länder sein und wird schon seit Jahren vom Hauptausschuss des Deutschen Städtetages gefordert.

„Die Übertragung von Aufgaben und Lasten auf die kommunale Ebene ohne auskömmlichen finanziellen Ausgleich, insbesondere bei den sogenannten Soziallasten hat in den letzten Jahren dazu geführt, dass sich immer mehr Kommunen gezwungen sehen, notwendige Investitionen zurückzustellen und freiwillige Leistungen auf ein Mindestmaß zu reduzieren. Viele Städte und Gemeinden fühlen sich in der Vergeblichkeitsfalle, auch Duisburg. Leidtragende dieser Entwicklung sind die Bürgerinnen und Bürger. Städte, Gemeinden und Kreise stehen zu ihrer sozialen Verantwortung. Sie sind aber außerstande, die explodierenden Soziallasten weiterhin zu schultern. Nur durch eine grundlegende Neuregelung der Lastenverteilung zwischen den staatlichen Ebenen kann der Abbau des Finanzierungsdefizits mit dem Ziel des Haushaltsausgleichs bei den Kommunen gelingen“, so Erkan Kocalar, Bürgermeister der Stadt Duisburg und Mitglied des Hauptausschusses des Deutschen Städtetages.

„Dieser Haushalt zeigt, wie falsch die Politik in den letzten Jahrzehnten lag. Personalabbau und Privatisierungen kommen der Stadt nun teuer zu stehen. So kann die Stadt Millionengelder nicht abrufen, weil sie zu wenig Personal hat. Statt Menschen in Lohn und Brot zu bringen, wird im Haushalt aber vorgeschlagen, den Ärmsten noch weiter die Unterstützung zu kürzen. Wir werden nicht hinnehmen, dass durch irgendwelche Tricks zu Lasten der ALG II-Empfänger bei den Kosten der Unterkunft gespart wird“, ergänzt Lukas Hirtz, Sprecher der Duisburger LINKE.

## **Kürzungsorgien im kommenden Stadthaushalt sind nicht hinnehmbar**

14. Oktober 2014

„Schließung von vier Bädern und vier Jugendzentren, Aus für die Verbraucherzentrale. Aus für die Festivals „Traumzeit“ und „Akzente“, Höhere Gebühren bei Kitas, Stadtranderholung, Musik- und Kunstschule oder Stadtbibliothek, Streichung der Sprachförderung, Schließung von Stadtteilbüchereien.

Diese und weitere geplante Kürzungen im Kommunalhaushalt wird DIE LINKE Duisburg nicht hinnehmen“, erklären Martina Ammann, Vorsitzende der Duisburg Linksfraktion und Lukas Hirtz, Sprecher der Duisburger Linkspartei.

Lukas Hirtz fügt hinzu: „Ich war mit vielen Homberger Bürgerinnen und Bürgern Monate lang aktiv, um das Freibad Homberg zu retten. Jetzt soll alles umsonst gewesen sein? Das geht gar nicht. Die geplanten Kürzungsorgien sind nicht hinnehmbar. Während die CDU/SPD Regierung ungeniert für weitere Milliarden Ausgaben zur Aufrüstung der Bundeswehr trommelt und gleichzeitig die Schere zwischen Armut und Reichtum wächst, sollen die Kommunen nackt gemacht werden. Ein Unding! DIE LINKE Duisburg ruft die Bürgerinnen und Bürger der Stadt zum energischen Widerstand auf.“

## **Kenan Ilhan als stellvertretender Vorsitzender im Integrationsrat gewählt**

21. September 2014

„In der heutigen Sitzung des Integrationsrats wurde Kenan Ilhan, Liste DIE LINKE/International, zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Kenan Ilhan ist seit vielen Jahren gewerkschaftspolitisch im Vorstand der IG Metall aktiv und hat auch dort bereits einige Initiativen im Integrationsausschuss gestartet.

„Mein Ziel ist es, den Gedanken einer inklusiven Gesellschaft – eine Gesellschaft, die niemanden ausschließt, ausgrenzt oder an den Rand drängt - in den Integrationsrat einzubringen als Fortentwicklung der integrativen Kommunalpolitik, „ so Kenan Ilhan. „Dazu müssen noch einige Diskussionen geführt und Initiativen gestartet werden um diese Politik mit Leben zu füllen.“

Die derzeitige Migration aus verschiedenen Krisenregionen dieser Welt, wird eine besondere Herausforderung für die nächsten 6 Jahre sein. Ständige Konferenzen – nach dem Muster der Integrationskonferenz im Jahr 2006 in Duisburg - wäre eine Möglichkeit sich den vielen Problemen zu nähern.

## **Zeltdorf für Flüchtlinge: jeder Tag ist einer zu viel**

25. August 2014

„Die Flüchtlinge, die hier in unserer Stadt ankommen, haben viel Leid erfahren und müssen angemessen und nachhaltig unterstützt werden. Ein Zeltdorf ist auch als vorübergehende Lösung ein Armutszeugnis.“

Nicht nur Bürger und Bürgerinnen sind empört über die Entscheidung, etwa 100 Flüchtlinge in Zelten unterzubringen. Auch Verbände und kirchliche Träger – als Besserwisser beschimpft – können diese Politik nicht nachvollziehen.

„Wir können eine Überforderung der Verwaltung nachvollziehen, wir können aber nicht akzeptieren, dass sich die Verwaltungsspitze nicht hilfesuchend an die sozialpolitische Akteure wie Verbände und kirchliche Einrichtungen gewendet hat. Stattdessen entscheidet sie – wie so oft – im Alleingang. Wir sind sicher, für eine kurzfristige vorübergehende Unterbringung hätte es andere Lösungen gegeben.“



**Duisburg braucht mehr finanzielle Unterstützung**

06. August 2014

Zur verhängten Haushaltssperre des Duisburger Kämmerers übt die Ratsfraktion DIE LINKE heftige Kritik. "Ein 8-Millionen-Euro-Haushaltsloch entdeckt man nicht plötzlich." Die Fraktionsvorsitzende Martina Ammann-Hilberath und Ratsfrau Carmen Hornung-Jahn – Mitglied im Rechnungsprüfungsausschuss - hätten sich frühzeitig entsprechende Informationen gewünscht.

„Wir sind uns der verantwortungsvollen Aufgabe eines Kämmerers bewusst, eine informative Darstellung der finanziellen Lage sollte jedoch zu den demokratischen Gepflogenheiten gehören, um eine Haushaltssperre für die Politik nachvollziehen zu machen. Es ist schließlich die Aufgabe der MandatsträgerInnen, die kommunale Aufgabenerledigung sicherzustellen. Wir erwarten künftig eine kontinuierliche Kostenkontrolle der städtischen Beteiligungsunternehmen, um frühzeitig gegensteuern zu können und rote Zahlen in den Jahresabschlüssen zu vermeiden. Die ausstehenden Forderungen der Stadt z.B. für Rettungsfahrten und Krankentransporte sollten jetzt schnellstens bearbeitet und eingefordert werden. Wir begrüßen auch den Vorschlag zur Einführung einer Steuer auf Wettbüros.“

„Uns war klar, dass die gebrochenen Versprechungen der großen Koalition in Berlin nicht spurlos an Duisburg und anderen Kommunen vorübergehen werden, sind jedoch überrascht, dass uns die finanzielle Entwicklung bereits im Sommer 2014 einholt.“

Nicht nur der NRW-Innenminister, auch zahlreiche SPD-Fraktionschefs hatten bereits im März 2014 gefordert, dass die versprochene Milliarden-Entlastung für die Eingliederung von behinderten Menschen möglichst ab 2015 bei den Kommunen ankommt. Diese Proteste wurden vom Bundesfinanzminister wahrscheinlich als Sturm im Wasserglas abgetan; jedenfalls soll vor 2018 nichts passieren und bei SPD und CDU herrscht weiterhin gute Stimmung.

"Die Stadt hat hohe Kosten insbesondere im sozialen Bereich und bei der Umsetzung der Integrationsprojekte. Duisburg kann diese finanzielle Belastung nicht allein aus eigener Kraft stemmen. Bund und Land müssen Städte wie Duisburg stärker unterstützen“.

Die Linksfraktion fordert eine verbesserte Ausstattung der Kommunen durch eine gerechtere Steuerpolitik .

"Wir haben die Resolution zur Einführung einer Vermögenssteuer in den Rat eingebracht. Höhere Steuereinnahmen des Bundes würden auch zur stärkeren Unterstützung der Kommunen führen. Wir möchten, dass die Stadt Duisburg lebenswert bleibt. Um Sport-, Freizeit- und Kulturangebote aufrecht zu erhalten, braucht Duisburg mehr Einnahmen. Bei den anstehenden Entscheidungen in der nächsten Haushaltsdebatte werden wir die Vorschläge der Verwaltung sehr kritisch prüfen. Soziale Kahlschläge sind mit uns nicht zu machen."



## **Schließung der Häuser in den Peschen allein ist keine Lösung**

17. Juli 2014

Die Wohn- und Lebenssituation der BewohnerInnen der Häuser in den Peschen ist seit langem unerträglich und aktuell ohne Stromversorgung insbesondere für Kinder gesundheitsgefährdend. Zur jetzt erklärten Unbewohnbarkeit der Wohnungen seitens der Verwaltung nimmt die Fraktionsvorsitzende der LINKEN, Martina Ammann-Hilberath, Stellung:

„Die Schließung der Häuser aufgrund des derzeitigen Zustands ist richtig, jetzt ist aber weiteres Handeln gefragt. Die bisherigen Maßnahmen und Projekte wie Vorbereitungsklassen, Jugendkulturarbeit und Gesundheitsmaßnahmen zeigen erste Erfolge, die nicht einfach aufs Spiel gesetzt werden dürfen.

Bildung ist die wichtigste Voraussetzung für ein eigenständiges Leben. Die bisherige Bildungsbiografie der dort lebenden Kinder wurde häufig unterbrochen, daher ist es wichtig, dass die Familien möglichst im Umfeld ihrer Schule bleiben um den Anschluss an ihre schulische Bildung nicht zu verlieren.

Der Hinweis, auf 10.000 leerstehende Wohnungen in Duisburg ist da wenig hilfreich. Die Familien brauchen bei der Wohnungssuche entsprechende Unterstützung der Verwaltung. Alleine der „Makel“ aus den sog. Problemhäusern zu kommen, macht es fast unmöglich individuell eine neue Wohnung zu finden.

## **Rechtsextreme Ratsmitglieder sichern sich Hand in Hand Plätze in den Aufsichtsräten**

03. Juli 2014

„Die Partei Alternative für Deutschland“ (AfD) demaskierte sich bereits in der 2. Ratssitzung,“ stellte Martina Ammann-Hilberath, Fraktionsvorsitzende der LINKEN ernüchternd fest.

„Vor der Wahl distanzieren sich die AfD noch von rechtsextremen und neonazistisch orientierten Parteien, nach der Wahl unterstützen sich AfD, pro nrw und NPD im Duisburger Rat gegenseitig und mit Erfolg. Sie sitzen zukünftig in fast allen Aufsichtsräten städtischer Gesellschaften und weiteren Sondergremien.“

Unter dem Deckmantel der geheimen Wahl, beantragt von pro nrw, spielten sich AfD und pro nrw die Bälle zu mit Unterstützung der NPD Ratsfrau. Mal wurden die KandidatInnen der einen Partei, mal die der anderen unterstützt. Die Absprache zwischen NPD, pro nrw und AfD verlief reibungslos, konkurrierend traten sie nicht auf. Die AfD hat sich damit ins Spektrum der rechtsextremen Parteien als Wolf im Schafspelz eingeordnet.

„Wenn der ‚Duisburger Konsens gegen Rechts: Wir alle sind Duisburg‘ kein Papiertiger werden soll, wird man sich zukünftig auf diese Zusammenarbeit einrichten und entsprechend reagieren müssen. Dieser Wahlerfolg der Rechten hätte verhindert werden können“ so Martina Ammann-Hilberath. „Im Dortmunder Stadtrat z.B. gibt es einen engen Zusammenhalt der anderen Fraktionen gegenüber den rechtsextremen Ratsmitgliedern. Ein solches Zusammenstehen wünschen wir uns für die Zukunft auch hier in Duisburg. Wichtig ist aber auch, dass die Duisburger Stadtgesellschaft reagiert. Nur mit breiter gesellschaftlicher Unterstützung kann der Widerstand gegen die menschenverachtende Politik der rechtsextremen Parteien aufrechterhalten werden.“

## **Grundversorgung von Kindern in Häusern "In den Peschen" muss sichergestellt werden**

13. Juni 2014

Eine schnellstmögliche Lösung zur Stromversorgung für Familien der Häuser „In den Peschen“ fordert die Ratsfraktion der Duisburger Linken. Die kinder- und jugendpolitische Sprecherin M. Ammann-Hilberath nimmt Stellung:

Martina Ammann-Hilberath

„Nach unseren Informationen leben in den Wohnungen viele Familien mit Säuglingen und Kleinkindern. Ihnen den Strom abzusperren halten wir für unverantwortlich und gesundheitsgefährdend. Wir erwarten eine sofortige Regelung zur Aufhebung der Stromsperrungen, die die Grundversorgung von Kindern u.a. mit warmem Wasser und Kühlmöglichkeiten für Babynahrung sicherstellt.“

Die linke Ratsfraktion unterstützt die Aktivitäten des Runden Tisches in Rheinhausen, die mit Projekten wie „Bathalo“ erste Kontakte zu den Familien aufbauen konnte. „In unseren Gesprächen mit Sozialarbeitern und in der Rheinhausener Nachbarschaft wurde uns bestätigt, dass die Familien an den Integrationsprojekten ein großes Interesse haben. Auch deshalb muss jetzt eine unbürokratische Lösung nicht nur für die Stromversorgung gefunden werden. Die Menschen leben dort in unwürdigen Verhältnissen und brauchen bezahlbare Unterkünfte. Mit der Bereitstellung von Wohnungen hat die Stadt erste Schritte gemacht. Jetzt müssen weitere Initiativen gestartet werden.“

## **LINKE hat Fraktionsvorstand gewählt**

30. Mai 2014

Am Mittwoch haben die neu gewählten Ratsmitglieder unter Mitwirkung der gewählten Bezirksvertreter ihren neuen Fraktionsvorstand gewählt. Fraktionsgeschäftsführerin Ute Abraham: „Das Ergebnis zeigt, die Linksfraktion bleibt zuverlässig und politisch stabil. Einstimmig wurden Martina Ammann-Hilberath zur Fraktionsvorsitzenden und Erkan Kocalar zum stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden gewählt.“

Die Linksfraktion startet mit 6 Ratsmitgliedern in die nächste Wahlperiode. In zwei Wochen werden sich die Neugewählten auf einer Klausur beraten. Rf Ammann-Hilberath: „Wir werden über unsere Schwerpunkte in der nächsten Zeit diskutieren, aber auch, wie wir mit dem Einzug von NPD, ProNRW und AFG umgehen werden. Wir stimmen mit dem DGB überein, dass es keinerlei politische Tolerierung und Zusammenarbeit geben darf.“

Erkan Kocalar: „Die soziale Spaltung der Duisburger Stadtgesellschaft ist unübersehbar. Hier müssen der Bund und das Land die Stadt entlasten. Ich hoffe, dass bei den Kooperationsverhandlungen, die die SPD führen wird, die bisherige Linie, keine Sozialschweineereien und kein Ausverkauf von städtischen Eigentum das Ziel ist.“

## 4,2 Millionen Euro Kindern und Jugendlichen vorenthalten

13. Mai 2014

„Durch die Rückzahlung von 4,2 Millionen Euro aus dem Bildungs- und Teilhabepaket im Jahr 2012 an die Bundesregierung werden Kinder- und Jugendliche um einen Teil ihres Existenzminimums betrogen“, so Martina Ammann-Hilberath, Fraktionsvorsitzende der Linksfraktion und jugendpolitische Sprecherin.

Die schwarz-gelbe Bundesregierung wurde im Jahr 2010 durch das Bundesverfassungsgericht gezwungen, den Regelbedarf für Kinder und Jugendliche neu zu berechnen. Das Hohe Gericht stellte fest, dass der bisher ausgezahlte Regelbedarf zu niedrig war, um Kindern und Jugendlichen angemessene Bildungs- und Teilhabechancen zu ermöglichen. Aus Misstrauen gegen die Eltern wurde ein bürokratisches Monster geboren, das Bildungs- und Teilhabepaket. Die Leidtragenden sind Kinder und Jugendliche.

„Die Fehler, die durch das Bildungs- und Teilhabepaket entstanden sind, können weder von der Verwaltung noch von den Schulen und Vereinen ausgeglichen werden. Das Bildungs- und Teilhabepaket muss grundsätzlich überarbeitet werden. Die bisherige Praxis führt zu einer Unterdeckung des Existenzminimums vieler Kinder und Jugendlicher und enthält ihnen verfassungsrechtliche Leistungen vor. Die Forderungen von 4,2 Millionen gehören nicht in den Haushalt der Bundesregierung sondern in die leeren Geldbeutel der Erziehungsberechtigten. Als städtische Mittel sollten sie aber in Kinder- und Jugendprojekte fließen“, fordert RF Ammann-Hilberath.

Was die schwarz-gelbe Bundesregierung verbockt hat, will die große Koalition nicht ändern. Obwohl klar ist, dass ein großer Teil der Mittel wegen der bürokratischen Vergabe nicht bei den Kindern ankommt und damit Viele ihren Anspruch auf Teilhabe nicht einfordern und einlösen können, schweigt die große Koalition dazu.

## Feinstaub: Hohe Belastung im Norden

12. Mai 2014

„Wieder einmal - ach wie überraschend - werden erhöhte Feinstaubwerte im Duisburger Norden gemeldet. Rechnet man die Quartalswerte hoch, würde Bruckhausen im Jahr 2014 mit 4 x 12 auf 48 Überschreitungen kommen. Das übersteigt die Werte aus dem Jahr 2012 (41 Überschreitungen) erheblich. Die gleiche Situation findet sich in der Kiebitzmühlenstraße in Schwelgern mit 4 x 12 = 48 Überschreitungstagen gegenüber 38 im Jahr 2012.

Acht Überschreitungen im 1. Quartal 2014 in Meiderich sind wegen der erhöhten Belastung mit kanzerogenen Schwermetallen ähnlich kritisch zu bewerten.

„Den Forderungen der Linksfraktion nach weiteren emissionsmindernden Maßnahmen durch die verursachenden Betriebe wird oft - auch aus den Belegschaften heraus - mit der Gefährdung von Arbeitsplätzen begegnet“, so Dr. Detlef Feldmann, umweltpolitischer Sprecher. „Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Nach einem Bericht der Weltgesundheitsorganisation sterben in Europa jährlich 100.000 Menschen durch Feinstaub in der Luft. Auch die toleranteste EU-Behörde kann auf die Dauer die fortwährende Überschreitung der Grenzwerte nicht dulden. Eine Möglichkeit wäre die zwangsweise Drosselung der Produktion, was das für die Arbeitsplätze bedeuten würde, kann sich jeder ausmalen.“

Dr. Feldmann: „Zu fragen ist auch, ob Maßnahmen zu Emissionsminderung immer mit hohen Kosten verbunden sein müssen. Unserer Meinung nach könnte die konsequente Beteiligung der eigentlichen Experten, der Beschäftigten vor Ort, weitere Möglichkeiten eröffnen. Im Rahmen der Duisburger Umwelttage werden wir zu einer Diskussionsrunde zu diesem Thema am 11.6.14 einladen.“ Für die Linksfraktion werden entsprechende Aktionspläne für reine Luft weiterhin ein Schwerpunkt sein.

**LINKE fordert; Schluss mit dem Loch am Marientor**

06. Mai 2014

Herbert Fürmann, planungspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE

Befürchtet hat die Linke das „Aus“ für das Marientor-Carree schon lange. Doch die Hoffnung stirbt zuletzt. Als der Geschäftsführer der Innenstadt Duisburg Entwicklungsgesellschaft (IDE), Dr. Oemke, im letzten Jahr das neue Konzept und den Einstieg des renommierten Bauunternehmers und Investors Ten Brinke bekanntgab, keimte noch einmal Hoffnung auf. Doch offenbar haben sowohl EuroAreal wie auch der Chef der IDE die Politik und die Öffentlichkeit getäuscht.

Jetzt, wo bekannt wurde, dass es nie eine Vereinbarung zwischen EuroAreal und Ten Brinke gegeben hat, muss gehandelt werden. Die Linke fordert: Die Stadt muss jetzt handeln! Herbert Fürmann, planungspolitischer Sprecher der Fraktion: „Es muss jetzt endlich ein Schlusstrich gezogen werden. Der Planungsdezernent sollte umgehend versuchen, aus den Verträgen mit EuroAreal herauszukommen.“

Die LINKE hat konkrete Forderungen an Carsten Tum. Fürmann: „Der unerträgliche Zustand mit der ewigen Baugrube vor der Tür muss für die Altstadthändler schnellstens ein Ende haben. Ihre Geschäfte müssen so schnell wie möglich wieder allgemein zugänglich werden. Sie haben schon lange genug unter dem Stillstand gelitten.“

Dabei wissen wir, dass der aktuelle Dezernent auch hier wieder einmal mit den Altlasten seines Vorgängers und aus CDU – Zeiten aufzuarbeiten hat.“ Ob vielleicht sogar die ganze Grube wieder geschlossen werden sollte, hängt davon ab, ob sich schnell ein neuer Investor findet. Die LINKE glaubt daran allerdings nicht. „Schon zu viele Projekte aus der „Ära Sauerland“ sind schon den Bach runter gegangen oder haben sich als Luftnummern erwiesen. Und da tritt ausgerechnet die CDU im Kommunalwahlkampf mit Plakaten gegen den vermeintlichen Stillstand in der Stadt an. Es stimmt: Duisburg kann besser! Vor allem besser als die CDU.“

**Linke Kommunalpolitiker treffen Zuwanderer aus Bulgarien**

06. Mai 2014

Zuwanderer aus Bulgarien trafen sich mit Mitgliedern der Ratsfraktion der Duisburger Linken.

Bürgermeister Erkan Kocalar und Fraktionsvorsitzende Martina Ammann-Hilberath nahmen daran teil. Die Gäste sind Gemeindemitglieder einer christlichen Gemeinde aus Bulgarien. Sie sind sehr daran interessiert, in Duisburg ein Gemeindeleben zu organisieren. Große Probleme bestehen darin, geeignete Räumlichkeiten zu finden.

Dazu meint Bürgermeister Erkan Kocalar: „Die heutigen Gespräche zeigen mir, dass die Neuzuwanderer aus Südosteuropa ein hohes Interesse an die Integration in die Stadtgesellschaft haben. Die Ausübung ihrer Religion ist auch ein Stück Heimat und hat eine zentrale Bedeutung für viele Zugewanderten. Hier können auch Erfahrungen ausgetauscht und Informationen weitergegeben werden, das ermöglicht auch den Aufbau von Selbsthilfe.“

Wir haben heute einen ersten Kontakt zu der Gemeinde in Hochfeld geknüpft. Wir werden auch in Zukunft zu weiteren Treffen mit neu zugewanderten Menschen einladen. Wir wollen mit Neuzugewanderten reden und nicht über sie.“

Nach der erfolgreichen Integrationskonferenz im Jahr 2006 „Integration durch Konsens“ fordert die Linksfraktion eine Fortsetzung im Sinne ständiger Integrationskonferenzen um MigrantInnen-Selbstorganisationen zu fördern und zu stabilisieren verbunden mit dem Ziel, die Ergebnisse in die Politik der Kommune einfließen zu lassen.

**Broschüre gegen Rechts vorgestellt****30. April 2014**

Der Duisburger Bürgermeister Erkan Kocalar eröffnete die Infoveranstaltung, die auf Einladung des Landesintegrationsrats NRW am 29.4.2014 zum Thema rechtspopulistische Wahlpropaganda im Duisburger Rathaus stattfand.

Vor den Kommunal- und Europawahlen und den Wahlen zum Integrationsrat hatte der Landesintegrationsrat die Fachhochschule Düsseldorf beauftragt, eine Infobroschüre zu erstellen, die die Aktivitäten rechter Parteien und sog. „Bürgerbewegungen“ aufzeigt. Mit Stimmungsmache gegen MigrantInnen, EU-Neuzuwanderern und Asylsuchenden gehen diese Gruppierungen auf Stimmenfang. Alexander Häusler vom Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/Neonazismus berichtete sehr detailliert über die Strategien der einzelnen Parteien und Gruppierungen, WählerInnen anzusprechen.

Die lesenswerte Broschüre „Gegen Rassismus und rechte Hetze stimmen“ ist ab dem 30.4.2014 auch im Internet auf der Seite des Landesintegrationsrat NRW zu finden ([www.landesintegrationsrat-nrw.de](http://www.landesintegrationsrat-nrw.de))

**LINKE – Forderung erfüllt: Radverkehrs-  
förderung soll A 59-Großbaustelle entlasten**

30. April 2014

Pünktlich zur Sperrung der A 59 hat die Stadt eine neue Radroute zwischen dem Hamborner Rathaus und der Innenstadt fertiggestellt. Neben der Verstärkung und Beschleunigung auf der Straßenbahnlinie 903 sollte nach den Vorstellungen der Stadt das zu erwartende Verkehrschaos auch durch den verstärkten Umstieg auf das Fahrrad in den Griff bekommen werden.

Dazu wurde in der letzten Sitzungsrunde auf Initiative der LINKEN ein Antrag der Ratskooperation wurde der Bezirksvertretung Hamborn und im Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Verkehr ein Antrag eingebracht, in dem die Verwaltung aufgefordert wurde, für den Radverkehr zwischen Hamborn, Meiderich und der Stadtmitte eine möglichst direkte Wegeverbindung – und so weit wie möglich abseits der Hauptverkehrsstraßen herzurichten und auszuschildern. Mit Unterstützung des ADFC Duisburg wurde eine attraktive Strecke erarbeitet und blitzschnell umgesetzt.

Herbert Fürmann, verkehrspolitischer Sprecher der Linksfraktion: „Viele Menschen kennen als Wegeverbindung zwischen Hamborn oder Meiderich und der Innenstadt nur die Hauptverkehrsstraßen. Und diese Straßen werden mit Sperrung der A59 noch stärker belastet. Damit werden sie für den Radverkehr noch unattraktiver und auch gefährlicher.“ In Meiderich gibt es auch noch eine Lücke im Radwegenetz und die alten Bordsteinradwege entlang der ehemaligen B 8 sind auch kaum mehr befahrbar.

Es gab für den Radverkehr schon mögliche Alternativen. Die neue Trasse in die City gab es schon weitgehend. Es mussten lediglich kleinere Hindernisse wie eine fehlende Bordsteinabsenkung beseitigt und eine kleine Einbahnstraße und ein für den Radverkehr gesperrter Bereich freigegeben werden. Da diese Schleichwege leider vielen Bürgerinnen und Bürgern nicht bekannt sind, war auch eine Wegweisung wichtig.

Damit steht neben der bereits vorhandenen und ausgeschilderten Landes-Veloroute von Walsum und Marxloh über Ruhrort (auch hier wurde kürzlich auf Drängen des ADFC ein Drängelgitter beseitigt) bis zum Beginn der Großbaustelle eine weitere Strecke vom Hamborner Rathaus bzw. Neumühl über Mittelmeiderich und die Aakerfährbrücke zur Verfügung.

Nur eine attraktive Wegstrecke kann zum Umstieg auf das Fahrrad und damit eine kleine Entlastung der im Sommer sicherlich stark überlasteten Nord-Süd-Verbindung in Duisburg bewirken.

Außerdem steht die neue Strecke auch als Karte und als GPS-Track auf den Internetseiten der Stadt zur A 59 – Sperrung und auch beim ADFC Duisburg zum Download bereit. Fürmann möchte sich an dieser Stelle einmal für die schnelle Arbeit der Verwaltung bedanken.



## Würdige Ehrung für Willy Schmidt

30. April 2014

Platz vor dem Bezirksamt Süd trägt jetzt Namen eines unbeugsamen Gewerkschafters und politischen Kämpfers für Gerechtigkeit

Im Herbst letzten Jahres beschloss die Bezirksvertretung Süd auf Initiative der LINKEN und mit der Mehrheit von Rot-Rot-Grün, den Platz vor dem Bezirksamt Süd nach Willy Schmidt zu benennen. Heute war es soweit: Mit einer würdigen Feierstunde im Bezirksamt Süd und rd. 80 TeilnehmerInnen, darunter der Tochter von Willy Schmidt, weiteren Angehörigen, vielen IG Metallern, Mitgliedern der VVN, Bürgermeister Erkan Kocalar und weiteren Lokalpolitikern wurde des „Urgesteins“ der Duisburger Arbeiterbewegung gedacht. Der Stattchor Duisburg steuerte stimmungsvolle Lieder bei. Bereits 2001 war Willy Schmidt im Rathaus zu seinem 90. Geburtstag geehrt worden. Nach der Eröffnung durch Bezirksbürgermeister Dietmar Eliaß und Dieter Lieske, 1. Bevollmächtigter der IG Metall Duisburg, gedachten Jürgen Hinzer (NGG/VVN) und Peter Scherer (langjähriger Archivar beim IG Metall-Vorstand) mit ergreifenden Reden des Antifaschisten und unermüdlichen Kämpfers für Frieden und soziale Gerechtigkeit. Die Redner dankten allen sehr herzlich, die sich für die Platz-Benennung eingesetzt und die Feierstunde ermöglicht hatten. Im Anschluss daran wurde vor dem Bezirksamt eine Tafel enthüllt, die den Namen Willy Schmidt trägt und markante Daten seines Lebens. Die Tafel wurde von der Ausbildungswerkstatt bei den Hüttenwerken Krupp-Mannesmann erstellt.

Willy Schmidt wurde 1911 in Duisburg-Wanheimerort in ein sozialdemokratisches Elternhaus geboren. Er lernte Buchdrucker, war schon in jungen Jahren in der sozialistischen Arbeiterjugend, in der Arbeitersport- und Kulturbewegung aktiv und in den zwanziger Jahren aktiver Funktionär im damaligen Gewerkschaftsbund ADGB. Unter dem Eindruck der klassenpolitischen Auseinandersetzungen in der Weimarer Zeit, dem großen Ruhreisenstreik, der schweren Wirtschaftskrise und der aufkommenden Nazi-Bewegung schloss er sich der KPD an. Die KPD war zu jener Zeit die stärkste politische Kraft in Duisburg. In der November-Wahl von 1932 erzielte sie 29 % der Stimmen. Nach der kampflosen Niederlage der gespaltenen Arbeiterbewegung und dem Machtantritt der Nazis leistete Willy Schmidt aktive Widerstandsarbeit in der Illegalität bis zu seiner Verhaftung am 14.03.1934. Nach drei Jahren Zuchthaus wurde er in sog. „Schutzhaft“ genommen und sein Leidensweg setzte sich fort in den KZs. Nach Lichtenburg (bei Torgau) landete er im KZ Buchenwald (bei Weimar). Doch der Terror konnte ihn nicht brechen. Willy Schmidt blieb standhaft. Als einer von über 50.000 Inhaftierten musste er Zwangsarbeit in der Rüstungsindustrie leisten. Für Willy Schmidt ist Buchenwald geschichtlich und persönlich untrennbar damit verbunden, dass es den politischen Häftlingen gelang, nicht nur eine politische Organisation – das Internationale Lagerkomitee – aufzubauen, sondern auch eine Militärorganisation, die schließlich am 11.04.1945 ihren Beitrag zur Selbstbefreiung der Häftlinge des KZ Buchenwald leisten konnte. Bis dahin hatten die Nazis über 60.000 Menschen in dem Lager umgebracht.

Die Zeit nach dem Nazi-Reich sah Willy Schmidt erneut als aktiven Gewerkschafter und Kommunisten der ersten Stunde. Er wurde Jugend-Sekretär der IG Metall Duisburg, nahm am Gründungskongress des DGB in der britischen Zone teil. Im Zuge der innergewerkschaftlichen Auseinandersetzung und angesichts des zunehmenden Kalte-Kriegs-Klimas entschloss sich Willy Schmidt Mitte 1952 dazu, wieder der SPD beizutreten. Willy Schmidt hatte aktiven Anteil an den großen Mobilisierungen um ein fortschrittliches Betriebsverfassungsgesetz. Ab 1958 ging er zum Vorstand der IG Metall nach Frankfurt als Mitarbeiter der Abteilung Betriebsräte/Vertrauensleute, wo er die gewerkschaftliche Arbeit mit Zeitgenossen wie Willi Bleicher und Georg Benz oder Jakob Moneta nachhaltig mitprägte. Am 31.01.1977 schied Willy Schmidt aus dem Dienst der IG Metall aus. Unvergessen bleibt auch sein langjähriges Engagement für die „Lagergemeinschaft Buchenwald-Dora“, die ihn auch auf viele Auslandsreisen führte sowie die Herausgabe der Publikation „Glocke vom Ettersberg“. Sein Lebenswerk hat die würdige Ehrung mehr als verdient.



## **Links wirkt – Kulturausschuss für ein sozio-kulturelles Zentrum**

01. April 2014

Der Kulturausschuss der Stadt Duisburg hat bei seiner Sitzung am 18.3.2014 auf Initiative der Linken und mit den Stimmen der rot-rot-grünen Ausschussmehrheit einen Antrag zur Unterstützung eines sozio-kulturellen Zentrums in Duisburg beschlossen. Die Gespräche mit den Initiativen sollen vertieft und eventuell vorhandene Hindernisse unbürokratisch aus dem Weg geräumt werden.

Die Einrichtung eines selbständigen sozio-kulturellen Zentrum würde sowohl die Vielfalt der Kulturangebote bereichern, als auch Leerstände in geeigneten städtischen Räumlichkeiten beenden, heißt es weiter in dem Antrag.

Die Mitgliederversammlung der LINKEN Duisburg hatte Fraktion und Partei im September 2013 beauftragt, die Forderung nach einem derartigen Zentrum zu einem zentralen politischen Thema zu machen. „Der Antrag ist ein Musterbeispiel für das Zusammenspiel von außerparlamentarischen Initiativen und politischer Gremienarbeit“, so Fraktionsvorsitzende Martina Ammann-Hilberath.

„Die Errichtung eines solchen Zentrums in Duisburg ist längst überfällig. Das ist eine Win-Win-Win-Situation, die Stadt spart Kosten für die Sicherung leer stehender Gebäude, die Nachbarn sind froh über die Nutzung und damit Kontrolle, und Initiativen finden eine Heimat,“ sagt die kulturpolitische Sprecherin der Ratsfraktion, Barbara Laakmann. „Jetzt heißt es dran bleiben und kontrollieren, ob den Worten Taten folgen. Jetzt ist die Verwaltung gefordert, dem Wunsch nach einem sozio-kulturellen Zentrum nachzukommen.“

DIE LINKE sieht sich weiter an der Seite der Initiativen und wird diese weiter unterstützen“, so Ammann-Hilberath. Die Forderung nach der Realisierung eines sozio-kulturellen Zentrum bleibt auch in der kommenden Wahlperiode ein Schwerpunkt der Duisburger Linken.

## **Für eine lückenlose Aufklärung der Situation bei der DMG**

19. März 2014

Die Fraktionsvorsitzende der LINKEN, Martina Ammann-Hilberath, nimmt zu den öffentlich bekanntgewordenen Vorgängen bei der Duisburg Marketing (DMG) und zu Recherchen des Rechnungsprüfungsamts wie folgt Stellung:

„Offenbar herrschen bei der DMG für die MitarbeiterInnen Verhältnisse wie im vorletzten Jahrhundert. Mit gesetzlichen und tariflichen Arbeitszeitregelungen wird willkürlich verfahren. Überstunden werden von der Betriebsleitung selbstherrlich und dauerhaft angeordnet und bezahlt. Zulagen ebenfalls nach Gutdünken der Geschäftsführung gewährt. Ein zweiter Dienstwagen ist scheinbar ohne jede Genehmigung im Einsatz. Der Aufsichtsrat wurde über die Situation nicht informiert.“

Die Ratsfraktion der LINKEN fordert eine sofortige lückenlose Aufklärung der Verhältnisse bei der DMG und der Einhaltung der arbeits- und sozialrechtlichen Vorschriften.

Ammann – Hilberath: „Wir begrüßen, dass das Rechnungsprüfungsamt die Zustände unter bei der DMG unter die Lupe nimmt. Sollten sich die Meldungen bestätigen, müssen daraus Konsequenzen gezogen werden. Für die MitarbeiterInnen ist eine betriebliche Interessenvertretung dringend notwendig. Beschäftigte sind im 21. Jahrhundert keine Leibeigenen mehr, sondern haben Rechte, die sie auch vor der Willkür von Vorgesetzten schützt.“

## **Linksfraktion stimmt Stadion-Lösung zu, beurteilt Erfolgsaussichten aber skeptisch**

17. Februar 2014

Der erweiterte Fraktionsvorstand der LINKEN ist am 13.02.14 nach intensiver Diskussion einmütig zu dem Schluss gekommen, dem vorgeschlagenen Erwerb von weiteren 16,8 % an der Stadion-Projekt GmbH durch die Stadt bzw. ihre Töchter WBD und DVV/octeo zuzustimmen.

Vorausgegangen waren tagelange Recherchen und Gespräche, u.a. auch mit den Kooperationspartnern SPD und Grünen, nachdem die Ratsdrucksache leider erst am Montag vergangener Woche bekannt geworden war.

Zu der Fraktionsvorstandssitzung war auch der Stadtkämmerer, Dr. Langner, eingeladen worden, mit dem das komplexe Thema intensiv erörtert wurde. Martina Ammann, Fraktionsvorsitzende: „Wir stimmen dem Lösungsversuch zähneknirschend zu, weil wir das Risiko für Duisburg für überschaubar halten und das Land nicht im Stich lassen wollen, dass mit seiner 18-Mio.-Bürgschaft für den Stadionbau ebenfalls an einer Schadensbegrenzung interessiert ist.

Wir erwarten einen durchgehenden Schuldenschnitt bei allen beteiligten Akteuren, auch der Banken. Für uns steht ein entsprechender Ratsbeschluss ganz klar unter dem Vorbehalt, dass die zahlreichen Bedingungen eingehalten werden. Dazu zählt des Weiteren auch ein wirksamer Sanierungsplan für den Profibereich des MSV und eine Lösung für seine bis jetzt aufgehäuften aktuellen Schulden. Scheitert der Lösungsversuch jetzt bereits an der Stadt, ist die Insolvenz der Stadiongeseellschaft unvermeidlich mit schwerwiegenden Folgen für die öffentliche Hand. Das wäre nicht zu verantworten.“

Fraktions-Vize Hermann Dierkes: „Wir beurteilen die Erfolgsaussichten skeptisch, wollen aber Chancen für eine Lösung nicht verbauen. Ohnehin droht die Gefahr, dass das Stadion bei einer Insolvenz der Stadt vor die Füße fällt, weil es via Erbpacht auf öffentlichem Grund und Boden steht. 400.00 € Unterhalts- und Sicherungskosten wären die zwangsläufige Folge. Eine Vermarktung ist ja kaum möglich, weil es nur für Profifußball ausgelegt ist. Notwendig ist jetzt auch eine Debatte über das Verhältnis von Profisport und öffentlichen Geldern.

Dass sich das Land NRW über Jahre 320 Mio. € an Bürgschaften für überzogene Stadionbauten auch andernorts aufgeladen hat, darf nie wieder passieren. Der Profisport hat ja etwas von einer Lotterie. Darin haben Steuergelder und öffentliche Beteiligungen im Grunde nichts zu suchen.“

**Duisburg-Pass wieder eingeführt: Linksfraktion freut sich**

04. Februar 2014

Die Ratsfraktion DIE LINKE ist hoch erfreut über die Wiedereinführung des Duisburg-Passes. Nachdem jahrelang Menschen mit niedrigem Einkommen ihre Leistungsbescheide z.B. des jobcenters vorlegen mussten, konnte der politische Weg im letzten Jahr für den Pass geebnet werden. Thomas Keuer, sozialpolitischer Sprecher der Linksfraktion: „Wir wollten die diskriminierende Praxis abschaffen.“

Das soll aber nicht das Ende des neuen Weges sein. Die Linksfraktion sieht durchaus noch Spielraum für weitere Vergünstigungen im Rahmen des Duisburg-Passes. Viele Menschen können nicht mehr am gesellschaftlichen Leben teilnehmen. Kinder trifft diese Armut besonders hart. „Der Duisburg-Pass ist ein kleiner Ausweg aus dieser Situation“, so Thomas Keuer. „Ein großes Problem bleibt bestehen, das ist die eingeschränkte Mobilität der Menschen mit geringem Einkommen. Zuständig ist die Landesregierung NRW. Ihre Initiative, ein Sozialticket in Höhe von 29,90 Euro einzuführen, hilft nur wenigen. Viele können sich solche Preise überhaupt nicht leisten. Im Regelsatz von Hartz-IV-EmpfängerInnen ist für Mobilität gerade mal 15,—Euro vorgesehen. Ein Sozialticket muss sich daran orientieren. Hier bleibt die Landesregierung in der Verantwortung.“

Der Erfolg des Duisburg-Passes wird nicht nur davon abhängen, welche weiteren Vergünstigungen es noch geben kann, sondern vor allem, dass er von der Duisburger Bevölkerung angenommen wird.

**Nachhaltige Einwanderungspolitik ermöglichen**

27. Januar 2014

Die Zuwanderung aus Südosteuropa steht derzeit im Fokus der politischen Debatten regierender Parteien und der medialen Aufmerksamkeit. Geredet wird über gesteuerte „Armutszuwanderung“. Dabei handelt es sich um Menschen, die aufgrund ihrer prekären wirtschaftlichen und sozialen Lage aber auch vor Diskriminierung und offene rassistische Gewalt nach Deutschland kommen. Sie wollen ihre Chancen als EU-Bürgerinnen wahrnehmen und hoffen auf ein besseres Leben.

Die Fraktion DIE LINKE in Duisburg verurteilt die politischen Entgleisungen führender Politiker der regierenden Parteien auf bundes- aber auch auf örtlicher Ebene.

„Duisburg sowie das gesamte Ruhrgebiet ist durch Einwanderung groß geworden“, so Bürgermeister Erkan Kocalar, integrations- und migrationspolitischer Sprecher der Linksfraktion.

„An dieser Einwanderung waren maßgeblich „Armutsfüchtlinge“ beteiligt. Das Ziel war immer das gleiche, sich und ihren Familien eine Zukunft zu sichern. Eigentlich könnte man erwarten, dass die vertrauten Erfahrungen aus der langen Einwanderungsgeschichte des Ruhrgebietes längst in eine nachhaltige Einwanderungspolitik geflossen wären. Stattdessen werden EinwanderInnen in „Nützliche“ und „Unnütze“ sortiert, was nicht nur menschenverachtend ist sondern auch den Rassismus in der Bevölkerung schürt.

Wir brauchen einen offenen Umgang, eine Willkommenskultur in Duisburg und anderswo. Wir brauchen aber auch finanzielle Unterstützung von Land, Bund und EU zur sozialen, gesundheitlichen und beruflichen Integration von Migrantinnen und Migranten. Der Schulbesuch aller Kinder und Jugendlicher muss genauso sichergestellt werden wie ein menschenwürdiges Wohnen. So verstehen wir den Anspruch, eine Stadt für Alle zu sein.

**Familienplanung muss für alle bezahlbar sein**

16. Januar 2014

Im Dezember 2013 schlossen sich Vertreterinnen von Wohlfahrtsverbänden, Pro Familia und dem Hebammenverband in Schleswig-Holstein zur „Kieler Erklärung“ zusammen. Darin werden Landes- und Bundespolitiker aufgefordert, eine bundeseinheitliche Lösung zur Kostenübernahme ärztlich verordneter Verhütungsmittel für Männer und Frauen mit geringem Einkommen zu finden. Die Initiative sammelt hierfür zurzeit bundesweit Unterschriften.

Seit 2004 gibt es für Betroffene nicht mehr die Möglichkeit, einen Antrag auf Kostenübernahme zu stellen. 2006 bestätigte eine Studie die Tendenz, dass Menschen mit Niedrigeinkommen sicher verhüten wollen. In finanziell prekären Situationen aber greifen sie auf billigere und unsichere Verhütungsmethoden zurück.

Verhütung ist derzeit in Deutschland vom sozialen Status abhängig. Betroffen sind besonders Frauen in Ausbildung, Studierende, Arbeitslose und Wohngeldempfängerinnen. Frauen- und Wohlfahrtsverbände haben bereits mehrfach an die Politik appelliert.

Die Ratsfraktion der Duisburger LINKEN unterstützt die Unterschriftenaktion und sieht auch für unsere Stadt einen hohen Handlungsbedarf.

Fraktionsvorsitzende Martina Ammann-Hilberath sagt dazu: „ Die Summe von 16,43 € im Regelsatz für Hartz-IV-Betroffene für Rezeptgebühren, Medikamente und Verhütungsmittel reicht nicht aus. Wir würden uns wünschen, dass die Stadt Duisburg in der Lage wäre wie z.B. der Kreis Diepholz, die Kosten für Verhütungsmittel für Menschen mit Niedrigeinkommen zu erstatten.

Aufgrund der Haushaltslage ist dies derzeit nicht realisierbar. Hierfür wäre gerade für Kommunen wie Duisburg eine bundeseinheitliche Lösung hilfreich. Die Kostenübernahme ärztlich verordneter Verhütungsmittel für Geringverdienerinnen ist eine notwendige sozialpolitische Maßnahme.“

**Reiches Land - Arme Kinder**

10. Januar 2014

Die aktuelle Studie zur Kinderarmut des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der Hans-Böckler-Stiftung zeigt, dass in NRW beinahe jedes vierte Kind in Armut lebt. Auch in Duisburg steigt die Kinderarmut. In einzelnen Stadtteilen ist mehr als ein Drittel der dort lebenden Kinder betroffen. Hierzu nimmt die Fraktionsvorsitzende der Duisburger Ratsfraktion der Linken Martina Ammann-Hilberath Stellung:

„Wie schon der Duisburger Sozialbericht 2012 dokumentierte, steigt das Armutsrisiko für Familien mit Kindern. Immer mehr Eltern arbeiten in prekären Arbeitsverhältnissen und im Niedriglohnbereich. Sie haben mit Zeitarbeit, Leiharbeit und Minijobs keine wirtschaftliche Basis mehr, um ein planbares Familienbudget zu organisieren.“

Wie der Präsident des Kinderschutzbundes fordert auch die DIE LINKE eine Kindergrundsicherung, die sich am verfassungsrechtlichen Existenzminimum orientiert. Dies liegt derzeit bei 536 Euro.

„Ohne eine solche Existenzsicherung ist der Kampf der Kommunen gegen Kinderarmut aussichtslos. Kinderarmut ist nicht nur die materielle Notlage in den Familien, sondern auch die fehlende Beteiligung am sozialen und gesellschaftlichen Leben in der Stadt. Hier müssen die Kommunen aktiv werden. Dazu brauchen sie dringend die finanzielle Unterstützung von Land und Bund.

Duisburg hat einen hohen Bedarf an Projekten im Bereich der Integration, der Bildungsangebote und der Gesundheitsförderung. Eine solche Förderung halten wir sowohl für die Betroffenen als auch für die Kommune für eine Investition in die Zukunft. Familien haben ein Recht darauf, dass sie ohne wirtschaftliche Existenzangst in Duisburg leben und ihren Kindern Teilnahme an Kultur- Bildungs- und Sportangeboten bieten können.“

**NO-DUIGIDA Ratsfraktion DIE LINKE steht für  
Toleranz und Offenheit**

16. Januar 2015

Anlässlich der Proteste gegen den geplanten Aufmarsch des Duisburger Ablegers der Pegida-Bewegung am Montag, 19. Januar 2015, wird die Ratsfraktion DIE LINKE Duisburg ihre wöchentliche Sitzung vor Ort, am Platz der Gegenkundgebung, veranstalten.

Jeden Montag trifft sich der Fraktionsvorstand der LINKEN um ihre politischen Initiativen zu beraten. „Am kommenden Montag werden wir unsere Sitzung unter freiem Himmel abhalten“, teilen Ratsfrau Martina Ammann-Hilberath, Fraktionsvorsitzende der LINKEN, und Bürgermeister Erkan Kocalar mit. Die Linksfraktion schließt sich den spontan organisierten Demonstrationen und Protesten gegen den Aufmarsch der selbsternannten Retter des Abendlandes an.

„Am Montag wird Politik auf der Straße gemacht. Kein Antrag wird jemals so wirkungsvoll sein, wie das sichtbare Zeichen der Duisburger Stadtgesellschaft, die sich gegen Rassismus und Antisemitismus stellen. Was Köln kann und erreicht hat, kann Duisburg auch. Wir brauchen keine fremdenfeindliche, chauvinistische Bewegung, die auf billige Ressentiments setzt. Wir setzen uns dafür ein, dass Duisburg eine multikulturelle Stadt bleibt, in der schon seit Jahrhunderten Menschen zugewandert sind, die hier leben und arbeiten wollen. Der Wissenschaftler und Kosmopolit Gerhard Mercator kam 1551 nach Duisburg, weil er hier ein tolerantes und offenes Umfeld für seine Forschungen vorfand. In den letzten 50 Jahren trugen tausende zugewanderter Menschen in Duisburger Betrieben zur wirtschaftlichen Entwicklung der Stadt bei.“ so Martina Ammann-Hilberath. Die Duisburger Linksfraktion wird die Proteste gegen Pegida fortsetzen.

„Wenn es sein muss, werden wir einen langen Atem haben und in den nächsten Monaten gemeinsam mit VertreterInnen von Vereinen, Verbänden und Gewerkschaften auf der Straße stehen. Wir werden es nicht zulassen, dass fremdenfeindliche und rassistische Parolen beim DUIGIDA-Marsch über die Königstrasse gerufen werden und dabei die Stolpersteine für die ermordeten Opfer der Naziherrschaft betreten werden.“

Wir laden alle Einwohnerinnen und Einwohner und alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer an den Gegenkundgebungen ein, machen sie mit Ihrer Teilnahme deutlich: in Duisburg ist kein Platz für Hass und Intoleranz.“ sagt Bürgermeister Erkan Kocalar.

## **Auflösung der Duisburger Marketing GmbH(DMG) geht in die richtige Richtung**

26. Januar 2015

Zu der Bekanntgabe der Auflösung der DMG und Neuorganisation der Aufgaben zeigt sich Martina Ammann-Hilberath, Fraktionsvorsitzender der LINKEN zufrieden. „Das Konzept ist ein kleiner aber wichtiger Schritt zur Neu- und Reorganisation des Konzerns Duisburg. Bereits in der rot-rot-grünen Kooperation konnten wir eine Übereinkunft darüber herstellen, dass es sinnvoll ist, die beiden Gesellschaften Frischekontor und DMG zusammenzulegen.“

Die Konzernstruktur der kommunalen Verwaltung in Duisburg ist beachtlich. Fraglich ist aber ob sie auch gut, wirtschaftlich, effizient und übersichtlich ist. Einerseits führte die Liberalisierung in allen Kommunen zu einer Tendenz, Aufgaben aus der Kernverwaltung auszugliedern und in verschiedenste Organisationsformen zu übertragen. Andererseits brachte die desolate Finanzsituation der Kommunen fantasievollen Konstruktionen.

„Der angekündigte Schritt zur Neuorganisation ist ein kleiner Schritt, aber es geht in die richtige Richtung,“ so Martina Ammann-Hilberath. „Er kommt jetzt auch zur richtigen Zeit, nachdem die Verlängerung des Vertrages mit dem Geschäftsführer im Rat keine politische Mehrheit gefunden hat. Die Zuordnung des Festivalbüros, deren Aufgabe es ist, kulturelle Highlights in Duisburg zu organisieren, ist schon aufgrund seiner Ausrichtung im Bereich der Kulturbetriebe gut aufgehoben. Nach unserer Vorstellung sollte die Vermarktung nicht nur der großen Veranstaltungsorte wie die Glücksaufhalle, in Homberg, sondern auch Veranstaltungsorte mittlerer Größenordnung aus einer Hand organisiert werden. Hier sehen wir noch Nachholbedarf. Wichtig ist ein durchdachtes Gesamtkonzept, dass auch von den Beschäftigten getragen wird. Hier werden wir uns noch eingehend mit den Vorschlägen beschäftigen.“

Als Linksfraktion wollen wir nicht nur über eine Überarbeitung der Gehaltsstrukturen, die nicht angemessen sind, wir wollen auch die Sinnhaftigkeit der Konzernstrukturen überprüfen, um Fehlentwicklungen zu verhindern, Kosten zu reduzieren und vor allem zu einem abgerundeten Gesamtsystem zu gelangen.“

## **Blühen und summen bald Duisburgs Straßen? Linke stellen Antrag auf bienenfreundliches Straßenbegleitgrün im Umweltausschuss**

06. Februar 2015

„Weltweit erleben wir ein Bienen Massensterben. Abgesehen davon, dass dies an sich schon traurig ist, ist es auch besorgniserregend: Bienen stellen eine Schlüsselrolle in der Vermehrung von Pflanzen dar. Fast jegliches Obst kann nur reifen, wenn es von Bienen befruchtet wurde. Das Massensterben wird von Experten auf den Stress der Bienen, etwa durch Pestizide, zurückgeführt. Diese kommen im urbanen Bereich kaum vor“, erklärt Lukas Hirtz, Mitglied im Umweltausschuss für DIE LINKE.

„Bei uns in Duisburg gibt es aber kaum Nahrung für die Bienen. Deshalb sollte ausprobiert werden, ob in Duisburg bienenfreundliche Pflanzen als Straßenbegleitgrün gesät werden. Da dies meist einjährige und einheimische Pflanzen sind, könnte der Pflegeaufwand gegen null gehen. Die Kosten sollten nicht höher, wenn nicht gar unter den Pflegekosten von Rasen liegen. Die Rasen an Duisburgs Straßen werden meist von Brennesseln überwuchert oder bleiben braune Erde, da wären bienenfreundliche Blühpflanzen auch wesentlich schöner“, ergänzt Dr. Detlef Feldmann, sachkundiger Einwohner der LINKEN im Umweltausschuss.

**Linksfraktion begrüßt Angebote des LVR an die Kommunen**

09. Februar 2015

Der Landschaftsverband Rheinland (LVR) will die Kommunen bei der Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen unterstützen. Landesjugendamt, Klinikverband, aber auch der LVR als überregionaler Immobilienträger, bieten Kompetenzen und Möglichkeiten, die in den Kommunen dringend gebraucht werden. Martina Ammann-Hilberath, Fraktionsvorsitzende und Mitglied in der Landschaftsversammlung, begrüßt das Angebot.

„In Anbetracht der großen Probleme der Kommunen Flüchtlinge adäquat zu versorgen sind die Angebote eine große Hilfe. Insbesondere die Möglichkeit, traumatisierte Flüchtlinge unbürokratisch in den Trauma- bzw. transkulturellen Ambulanzen des Klinikverbundes zu behandeln ist sehr wichtig. Zurzeit ist es den Kommunen kaum möglich, Flüchtlingen die Folter, Vergewaltigung und gewaltsame Vertreibung erlebt haben, zu helfen. Auch die gesetzlichen Krankenkassen finanzieren solche Behandlungen in der Regel nicht. Dass eine gesundheitliche Unterstützung für Flüchtlinge praktisch nicht existiert, ist ein großes Problem, dass der LVR alleine auch nicht lösen kann. Hier gibt es seitens des Bundes und des Landes Handlungsbedarf.“

Aufgrund einer Anfrage der Linksfraktion wurde bekannt, dass im Jahr 2013 15 unbegleitete jugendliche Flüchtlinge in Duisburg aufgenommen wurden. Da bundesweit die Anzahl stetig wächst, kann nur vermutet werden, dass dies auch in Duisburg der Fall ist. „Auch hier können Angebote zur Betreuung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge seitens des Landesjugendamtes nur begrüßt werden.“



## **Problemfall Krankenhaus – Gegen die Privatisierung des Klinikums Duisburg**

19. Februar 2015

Die Ratsfraktion der Linken setzt sich für den Erhalt des Klinikums Duisburg mit einem Mehrheitsanteil der Stadt ein. Zu den Übernahmeplänen des Sanakonzerns sagt die Fraktionsvorsitzende M. Ammann-Hilberath: „Wir halten die Information der Ratsmitglieder durch die Duisburger Medien für falsch. Aufgrund der Dimension der anstehenden Entscheidung hätten wir eine persönliche Mitteilung an die KommunalpolitikerInnen für notwendig gehalten.“

Zur Entscheidung über die Anteilsübernahme durch den Sanakonzern in der nächsten Ratssitzung meint Ammann-Hilberath: „In den zurückliegenden Jahren waren die Geschäftsergebnisse des Klinikums Duisburg kontinuierlich schlechter als es die jeweiligen Wirtschaftspläne vorsahen. Sana bestimmt nach dem Managementvertrag von 2007 praktisch allein den Kurs der Geschäftsführung. Die Stadt hat – obwohl Mehrheitsgesellschafterin – auf die Option eines weiteren Geschäftsführers verzichtet. Obwohl Sana seit 2007 Investitionsmittel für den in die Jahre gekommen Bau gehabt hätte, erfolgten außer Renovierungen bisher keine realen Sanierungen. Seit dem Einstieg von Sana hat die Geschäftsführung mehrmals gewechselt. Falsche Entscheidungen wie die Nichtübernahme von ausgebildeten Pflegekräften und viele Leihkräfte bei Pflegern und Ärzten haben die Personalkosten enorm gesteigert. Die Patientenzufriedenheit ist stark gesunken.

Die LINKE hatte dies bereits im Rat thematisiert. Wichtige Fachkräfte sind offenbar vergrault worden. Insbesondere mit dem Argument hoher Investitionen wollte Sana die Stadt zum Verkauf ködern. Die Finanzierung von Baumaßnahmen erfolgt aus einem Cashpool des Konzerns. Darüber hinaus hat die Geschäftsleitung keine Geschäftsbeziehungen mehr zur Stadtsparkasse. Die Ertragslage hat sich dramatisch verschlechtert. Während früher noch ein jährlicher Überschuss von 6–7 Mio. € erwirtschaftet wurde, landet man jetzt bei über 5 Mio. € Verlusten. Des Weiteren würde ein möglicher Erlös aus einem Verkauf der städtischen Anteile dazu verwendet werden müssen, Altschulden im Haushalt der Stadt abzulösen.

Dass „privat“ besser sei als „öffentlich“, ist auch in diesem Fall widerlegt worden. DIE LINKE Ratsfraktion wird sich weiter für den Erhalt des Klinikums Duisburg mit städtischer Mehrheitsbeteiligung einsetzen. Duisburg braucht ein kommunales Krankenhaus zur öffentlichen Daseinsfürsorge. Unsere Erfahrungen mit dem Sanakonzern geben uns sowohl für die Beschäftigten als auch für die PatientInnen Anlass zu größten Befürchtungen. Unsere Fraktion wird einem Anteilsverkauf an Sana auf keinen Fall zustimmen.“

## **LINKE fordern Krankenversicherungskarte für AsylbewerberInnen**

26. März 2015

Die Linksfraktion fordert die Verwaltung auf, mit den gesetzlichen Krankenkassen zu verhandeln, mit dem Ziel, dass Leistungsberechtigte nach §§ 44 und 6 AsylbLG zukünftig eine Krankenversicherten-Chipkarte bekommen. Ein entsprechender Antrag wurde heute für die nächste Ratssitzung eingereicht.

„Zurzeit müssen Asylsuchende immer wieder aufs Neue einen Krankenschein beantragen. Das ist ein ziemlich großer bürokratischer Akt und verhindert häufig eine rechtzeitige Behandlung,“ erläutert Erkan Kocalar, Bürgermeister und Ratsmitglied der LINKEN. „Wir beziehen uns auf das sog. „Bremer Modell“. In Bremen wurde bereits 2005 ein kundenfreundliches Verfahren eingeführt. Die Gesundheitskarte umfasst zwar nicht alle Leistungen, die für eine Grundversorgung notwendig werden, sie gibt aber sowohl den Betroffenen als auch den Erbringern von Gesundheitsleistungen Sicherheit, dass auch die Kosten übernommen werden.“

Die Linksfraktion setzt auf eine Ratsmehrheit. In Münster wurde bereits ein wortgleicher Antrag mit den Stimmen von den Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKEN und Piraten verabschiedet.

## **Linke Ratsfraktion erwartet mehr Bürgerdialog und Transparenz**

14. April 2015

Zu den Fällungen der Platanen an der Mercatorstrasse am 13. und 14.04.2015 nimmt die Fraktion DIE LINKE. Stellung. „Wer auf diese Art und Weise Fakten schafft, will weder einen Bürgerdialog noch Transparenz der politischen Arbeit.“

Die Stadtspitze stellt sich einerseits immer wieder als bürgernah und gesprächsbereit dar. In der Realität werden Entscheidungen durchgesetzt, die höchst umstritten sind und gerade deshalb mit Betroffenen und Vereinen und Verbänden besprochen werden müssen.“ sagt die Fraktionsvorsitzende Martina Ammann-Hilberath. „Wir fordern die Verwaltung auf, das Ergebnis des Bürgerbegehrens abzuwarten, statt Fakten zu setzen.“

Nicht nur die aktuelle Fällung der Platanen gibt Anlass zur Kritik der Linksfraktion. „Bereits bei der Entscheidung zum Verkauf der städtischen Anteile am Klinikum wurden sowohl die RatsvertreterInnen als auch die Beschäftigten im Klinikum überfahren. Hier wurden die Informationen zum Klinikverkauf erst wenige Tage vor der Ratssitzung bekannt gegeben. Eine solche Informationspolitik ist eine Missachtung der MandatsträgerInnen und eine Beleidigung der MitarbeiterInnen und ihrer Betriebsräte.“

Äußerst kritisch sieht die Linksfraktion auch die zunehmenden Entscheidungen in den Ausschüssen und im Rat mit sog. „Dringlichkeitsbeschluss“ nach § 60 der Gemeindeordnung. Dazu meint die Fraktionsvorsitzende:

„Die Gemeindeordnung sieht Dringlichkeitsbeschlüsse für außergewöhnliche und dringende Entscheidungssituationen vor. Sie sind deshalb für die laufende Arbeit in den Fachausschüssen und im Rat keine Standardvorgänge und sollten die Ausnahme bilden. Wir sehen mit großer Sorge die Zunahme der Dringlichkeitsbeschlüsse und halten sie für einen Verlust an den Arbeitsgrundlagen für die MandatsträgerInnen. Fraktionen müssen Entscheidungsvorlagen besprechen, um sich eine Meinung zu bilden und sie mit Akteuren aus der Stadtgesellschaft kommunizieren. Wir fordern die Stadtspitze auf, weitere Dringlichkeitsbeschlüsse gemäß der Gemeindeordnung nur noch auf Ausnahmesituationen zu begrenzen. Wir fordern die Stadtspitze auf, den von ihr propagierten Bürgerdialog ernst zu nehmen und weitere Nacht- und Nebel-Aktionen zu unterlassen.“

## **ErzieherInnen verdienen höhere Anerkennung ihrer Leistung**

17. April 2015

Zu den laufenden Tarifverhandlungen für die Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst ist auch in der vierten Verhandlungsrunde am 16.4.2015 keine Einigung erzielt worden. Eine Forderung der Gewerkschaft ver.di ist die höhere Anerkennung der Leistungen von Beschäftigten in Kindergärten und Kitas, der Jugendhilfe sowie in Werkstätten für Menschen mit Behinderungen. Hierzu sagt die kinder- und jugendpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Rat der Stadt Martina Ammann-Hilberath:

„Eine von ver.di geforderte Neuregelung der Tätigkeitsmerkmale für ErzieherInnen ist ein wichtiger Schritt. Die Anforderungen an pädagogische Fachkräfte haben sich in den letzten Jahren stark verändert und erweitert. In Städten wie Duisburg stellen u.a. soziale Problemlagen in vielen Familien und die Integration von Kindern mit Migrationshintergrund höchste Anforderungen an die Qualifikation von Erzieherinnen in Kitas, HeilpädagogInnen und Beschäftigten in der Jugendhilfe. In einzelnen Stadtteilen ist jedes zweite Kind von Armut betroffen. Familien stehen unter zunehmenden materiellen und sozialen Druck. Gerade hier ist das Engagement von erfahrenen und qualifizierten ErzieherInnen in der Unterstützung der Eltern wichtig. Diese Arbeit hat mehr Anerkennung verdient.“

Die Linksfraktion unterstützt weiterhin die Beschäftigten und sieht die Wichtigkeit von qualifiziertem pädagogischen Personal in den städtischen Einrichtungen.

„ErzieherInnen spielen eine wichtige Rolle in der frühkindlichen Entwicklung. Sie tragen mit dazu bei, ob Kinder in ihren Fähigkeiten gefördert und gestärkt werden. Eine solche Arbeit ist äußerst verantwortungsvoll und muss angemessen bezahlt werden.“

## **Bleibt Radschnellweg Papiertiger?**

20. April 2015

LINKE im Umweltausschuss zeigen sich besorgt über die Finanzierung des Radschnellweges

„Der Bau von Radschnellwegen sind richtige Schritte in eine Zukunft mit umweltfreundlicher Mobilität. Wir wollen, dass noch viel mehr Infrastruktur aufgebaut wird damit das Radfahren attraktiver wird. Doch die Machbarkeitsstudie, die am 13.4. im Umweltausschuss diskutiert wurde, zeigt auf, dass die Finanzierung noch ein Wolkenkuckuksheim ist“, so Lukas Hirtz, für die LINKE im Umweltausschuss.

In der Machbarkeitsstudie heißt es: „Die Kostenschätzung zeigt, dass unter den bisherigen Förderbedingungen für Radverkehrsanlagen die Realisierung des Radschnellweges weder durch die Kommunen noch durch den RVR möglich ist“. Auch auf Nachfrage konnte keine konkrete Finanzierungsmöglichkeit aufgezeigt werden.

„Kommunen und Regionen müssen nun endlich auf solide finanzielle Füße gestellt werden. Der Bund darf sich nicht mehr auf Kosten der Kommunen sanieren. Sonst wird die Mobilitätswende verschlafen. Dabei geht es nicht nur um die Förderung des Bau der Wege, die Kommunen müssen auch genügend Geld vom Bund bekommen, um die Infrastruktur unterhalten zu können“, so die Linken.

**Veranstaltung: Nahverkehr in Not**

23. April 2015

Am Dienstag, 28.04.15 um 18.00 Uhr, lädt die Ratsfraktion DIE LINKE zu einer öffentlichen Informationsveranstaltung in das Konferenz- und Beratungszentrum „Der Kleine Prinz“ ein. Die Bundestagsabgeordnete der Linksfraktion und verkehrspolitische Sprecherin Sabine Leidig wird über die Situation des öffentlichen Nahverkehrs informieren.

„Mit dieser Veranstaltung wollen wir eine Diskussion über die „Zukunft Mobilität“ eröffnen. Einen Tag nach der Entscheidung im Rat der Stadt Duisburg über eine Kapitalerhöhung der Duisburger Verkehrs- und Versorgungsgesellschaft über 200 Millionen Euro bekommt das Thema nochmals eine neue Aktualität. Mit dieser Kapitalerhöhung soll die Querfinanzierung von Stadtwerken und Verkehrsunternehmen bis 2017 gesichert werden. Damit ist aber keineswegs gesichert, dass Duisburg zukünftig über ein umweltfreundliches und bürgernahes Verkehrssystem verfügen kann.“ sagt Martina Ammann-Hilberath, Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Rat der Stadt Duisburg.

Was macht eine finanzschwache Kommune, von der es unzählige im Bundesgebiet gibt, die über einen öffentlichen Personennahverkehr verfügt, der marode ist? Duisburgs Bahnen sind längst in die Jahre gekommen, für neue gibt es kein Geld. Eine wesentliche Säule zur Finanzierung des ÖPNVs, die Regionalisierungsmittel, sind ausgelaufen. Unklar ist, wie es weiter gehen soll.

In einer Bundestagsrede kritisierte Sabine Leidig, MdB, den amtierenden Verkehrsminister Dobrindt, aber auch seinen Vorgänger Herrn Raumsauer: „Sie haben sich wahlweise mit Nummernschildern, mit Flensburg-Punkten oder mit einer Ausländermaut beschäftigt, aber diese zentrale verkehrspolitische Aufgabe haben Sie bis heute nicht gemeistert.“ Obwohl, könnte man zufügen, der öffentliche Nahverkehr ein bedeutendes Wirtschaftsunternehmen ist, das von einem Drittel der Bevölkerung genutzt wird.

Wir laden alle Interessierten ein, sich gemeinsam zu informieren und über alternative Finanzierungsmodelle zu diskutieren.

**Rechte von Kindern und Jugendlichen stärken**

06. Mai 2015

„Kinder und Jugendliche sind keine kleinen Erwachsenen. Sie brauchen besonderen Schutz. Eine Ratifizierung der UN-Kinderrechtskonvention reicht nicht aus, sie muss auch mit Leben gefüllt werden, damit Kinder ihre Rechte auch wahrnehmen können. Selbst die Vereinten Nationen haben zum wiederholten Mal an die Bundesregierung appelliert, den Kinderrechten mehr politisches Gewicht zu verleihen.“ Martina Ammann-Hilberath, Jugendpolitische Sprecherin der Linksfraktion, anlässlich der schweren Vorwürfe gegen Erzieher des Kinderdorfs Duisburg.

„Wir wollen, dass die Vorfälle im Kinderdorf Duisburg aufgeklärt werden und begrüßen natürlich, dass ein Bewohner des Kinderdorfs - Jahre nach seinem Aufenthalt dort - den Mut fand, an die Öffentlichkeit zu gehen. Gleichzeitig muss es doch alle zum Nachdenken bringen, dass es Mut braucht, um Missstände anzuprangern und die eigenen Rechte einzufordern. Aber wohin hätte er auch gehen sollen? Es hat Jahrzehnte gedauert, bis sich die ehemaligen Heimkinder der 50-er und 60-er Jahre zu Wort meldeten und über unmenschliche Behandlungen von Erziehern unter der Duldung von Heimleitungen in einzelnen Heimen berichteten. Kinder und Jugendliche, die aus schwierigsten Familienverhältnissen in Wohnheimen und Einrichtungen untergebracht werden brauchen intensive Betreuung und pädagogisch qualifizierte ErzieherInnen. Sie haben ein Recht auf ein Leben in Würde, ohne psychische oder physische Gewalt. Sie brauchen Unterstützungsangebote in Form von Netzwerken, die sowohl über ihre Rechte als auch die Möglichkeit der rechtlichen Durchsetzung vorhalten. Leider sind wir davon weit entfernt.“

„Alle Kinder und Jugendliche brauchen aber auch ErzieherInnen und SozialpädagogInnen die gut ausgebildet, entsprechend bezahlt, deren Arbeit gewürdigt wird und die nicht unentwegt unter Zeitdruck stehen.“ merkt Martina Ammann-Hilberath mit Verweis auf die Tarifverhandlungen der Sozial- und Erziehungsdienste an.

**Rückerstattung von Elternbeiträgen im Zuge des Kita-Streiks**

13. Mai 2015

Unter dem Motto "Richtig gut. Aufwerten jetzt! Erzieherinnen verdienen mehr" kämpfen die Gewerkschaften ver.di und GEW gemeinsam mit Erzieher/innen und Sozialarbeiter/innen für einen besseren Tarifvertrag für die Beschäftigten in den Sozial- und Erziehungsdiensten. Vor dem Hintergrund des aktuellen Streiks stellt sich unter anderem die Frage nach der Rückerstattung von Elternbeiträgen.

In diesem Zusammenhang erklärt Martina Ammann-Hilberath, Fraktionsvorsitzende der Linksfraktion Duisburg: „Die Linksfraktion Duisburg erklärt sich weiterhin solidarisch mit den Beschäftigten und den Forderungen von ver.di und GEW und sieht die Wichtigkeit von qualifiziertem pädagogischem Personal in den städtischen Einrichtungen. In Duisburg werden an ErzieherInnen sehr hohe fachliche Anforderungen gestellt, um dem Bildungsauftrag gerecht zu werden.“

Bezugnehmend auf die Frage nach der Rückerstattung von Elternbeiträgen ergänzt Ammann-Hilberath: „Es darf nicht sein, dass die Stadt Kita-Beiträge kassiert, ohne gleichzeitig Leistung erbringen zu müssen oder Gehälter zu zahlen. Ein Antrag der Linksfraktion zur Unterstützung der Tarifverhandlungen wurde - unter anderem mit den Stimmen von CDU, SPD und von Oberbürgermeister Link - abgelehnt. Es wäre somit äußerst unangebracht, wenn die Stadt Duisburg nun von dem Streik finanziell profitieren würde. Außerdem ist es den Eltern der Kita- und Kindergartenkinder, die ohnehin schon einer erhöhten Belastung ausgesetzt sind, nicht zuzumuten auch noch finanziell unter einem Streik zu leiden.“

**Flüchtlingsunterkünfte: Verwaltung braucht ein Konzept**

21. Mai 2015

Mit Ablehnung reagierte die Linksfraktion in Duisburg auf die Ankündigung der Verwaltung in Kürze eine weitere Notunterkunft in der Sporthalle der ehemaligen Grundschule an der Usedomstraße in Neumühl einzurichten. „Die Einrichtung dieser Notunterkunft ist ein Zeichen der Konzeptlosigkeit,“ so Herbert Fürmann, Bezirksvertreter in Hamborn.

„In der letzten Ratssitzung hat die Fraktion der LINKEN ihren Antrag zur Unterbringung von Flüchtlingen zurückgezogen. Das war auch mit der Hoffnung verbunden, dass es zur nächsten Sitzung eine politische Mehrheit geben könnte, die ein klares Unterbringungskonzept, welches den zu erwartenden Flüchtlingszahlen gerecht wird, auf den Weg bringt und Mindeststandards für ein menschenwürdiges Leben festlegt. Massenunterbringungen in Sporthallen gehören nicht dazu“, so Martina Ammann-Hilberath, Fraktionsvorsitzende der Linksfraktion im Rat der Stadt Duisburg.

„Mittlerweile wird noch nicht mal mehr der Leitgedanke, Flüchtlinge gleichermaßen auf die Bezirke der Stadt zu verteilen, eingehalten. Auch der Wille, Flüchtlinge in Wohnungen unterzubringen, scheint zu fehlen. Bei uns melden sich Hauseigentümer, die der Stadt leerstehende Wohnungen anbieten, die noch nicht mal eine Rückmeldung bekommen. Die jetzige Abwärtsspirale bei der Flüchtlingsunterbringung muss aufgehalten werden. Politik und Verwaltung sollten zusammen mit den runden Tischen und den Initiativen und ehrenamtlich Aktiven zusammenkommen, um Leitlinien zur Flüchtlingspolitik, also eine verbindliche Willkommenskultur, zu entwickeln und soziale Mindeststandards zu erarbeiten. Die wichtigsten liegen im Bereich der sozialen Betreuung und Versorgung, des Kindswohls, der Sicherheit der Flüchtlinge, der Freizügigkeit und des Beschwerde-Managements.“

**Kita-Streik: politisches Handeln ist überfällig**

01. Juni 2015

Nach den gescheiterten Tarifverhandlungen im Sozial- und Erziehungsdienst gehen die Streikaktionen der ErzieherInnen unvermindert weiter. „Zu Recht“, meint die sozialpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Carmen Hornung-Jahn.

Die gestrigen Protestaktionen der Eltern, Kinder und ErzieherInnen verhinderten eine Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit. Sie haben lautstark ihren Unmut freien Lauf gelassen und nicht zugelassen, dass der politische Betrieb einfach weiterläuft. „Seit Jahren ist absehbar, dass Verhandlungen zur Eingruppierung und damit einer notwendigen Aufwertung der Arbeit der Erzieherinnen bevorstehen. Die Zeit wurde jedoch nicht genutzt, um nach Lösungen zu suchen.“, so Rf Carmen Hornung-Jahn. „Es sieht so aus, dass der Kommunale Arbeitgeberverband auf eine Spaltung zwischen Eltern und ErzieherInnen setzt.

Der Zorn der Eltern, war gestern in der Ausschusssitzung nicht zu überhören. Die Leidtragenden bei diesem Arbeitskampf sind ja nicht, wie üblich die Arbeitgeber. Die Duisburger Kommune verdient an dem Streik. Sie zahlt keine Gehälter und erstattet bisher auch keine Elternbeiträge. Leidtragende sind die Kinder, die nicht verstehen können, warum die Kita geschlossen bleibt, warum sie ihre Freundinnen und Freunde nicht treffen könne. Leidtragende sind auch die Eltern, die evtl. ihren Jahresurlaub einsetzen müssen oder verzweifelt nach Betreuungsmöglichkeiten für ihre Kinder suchen.

Es ist richtig, dass der Streik auf die Straße und ins Rathaus getragen wird. Frühkindliche Erziehung ist ein gesellschaftlicher Auftrag und muss entsprechend vergütet werden.“

## **Die drohende Schließung des Walsumer Papierwerks muss verhindert werden**

08. Juni 2015

Der norwegische Konzern Norske Skog hat am vergangenen Freitag angekündigt den Standort in Duisburg-Walsum zu schließen und am selben Tag wurde von der Geschäftsleitung ein Insolvenzantrag gestellt.

„Mit Entsetzen haben wir der Presse entnehmen müssen, dass Norske Skog ihren Standort in Walsum schließen will. Für die knapp 300 Mitarbeiter wäre dies eine Katastrophe, die es mit allen Mitteln zu verhindern gilt“, so Jörg-Michael Nikulka, Bezirksvertreter der LINKE in Walsum. „Aus eigener Erfahrung, durch die Schließung der TSTG Schienentechnik, kann ich die Sorgen und Zukunftsängste der Mitarbeiter und ihrer Familien nachvollziehen. Die Schließung wäre für Walsum ein herber Verlust, zu dem es nicht kommen darf. Ich hoffe, dass es schnellstmöglich zu einer vernünftigen Lösung kommt, die den Standort und die Arbeitsplätze sichert. Nachdem 2013 schon 200 Stellen abgebaut wurden, muss nun alles daran gesetzt werden eine Schließung zu verhindern und die verbliebenen Mitarbeiter nicht unter dem mangelnden Investitionswillen des norwegischen Konzerns leiden zu lassen.“

## **Deutscher Städtetag in Dresden eröffnet**

10. Juni 2015

Heute wurde die Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in Dresden mit mehr als 1000 Delegierten und Gästen eröffnet. Die Linksfraktion ist mit Bürgermeister Erkan Kocalar, Mitglied im Hauptausschuss des Städtetages, und mit der Fraktionsvorsitzenden Martina Ammann-Hilberath, Delegierte der Stadt Duisburg, vor Ort.

Erkan Kocalar: „Heute hat der Präsident des Deutschen Städtetages, Dr. Ulrich Maly, auf die drängenden Probleme der Städte und Gemeinden hingewiesen. Dazu zählt auch das Thema „Zuwanderung aus Südosteuropa“, das ich vor 3 Jahren in den Hauptausschuss des Städtetages eingebracht habe, und das in der Folge in mehreren Konferenzen auf unterschiedlichen politischen Ebenen diskutiert wurde. Auch die mangelnde Unterstützung der Kommunen bei ihren Anstrengungen Flüchtlinge aufzunehmen, wurde angesprochen. Die Forderung von Dr. Ulrich Maly, dass es ein gesamtstaatliches Bekenntnis geben muss und damit auch eine verantwortliche Übernahme der Kosten für die Unterbringung von Flüchtlingen, kann ich nur unterstreichen. Im Hauptausschuss habe ich auf die Situation der Flüchtlinge in Sammelunterkünften aufmerksam gemacht und angeregt, dass ein Übergang von Sammelunterkünften zu Wohnungen von den Städten organisiert werden muss. Dabei müssen die Städte und Gemeinden unterstützt werden.“



## **Deutscher Städtetag verabschiedet Dresdner Erklärung – Entwicklungschancen für alle sichern**

11. Juni 2015

„Die finanzschwächeren Kommunen leiden unter einer sich selbstverstärkenden Spirale von schlechter Wirtschaftslage, schwieriger Sozialstruktur, hohen Sozialausgaben und niedrigen Einnahmen sowie abnehmender Standortattraktivität und schlechter werdenden Infrastruktur“ stellt der Deutsche Städtetag in seiner Hauptversammlung heute in Dresden fest. Rf Martina Ammann-Hilberath, Delegierte der Stadt Duisburg und Fraktionsvorsitzende der Linksfraktion, äußert sich dazu vor Ort:

„‘Eine Stadt für Alle‘ war nicht nur ein Wahlkampfeslogan der LINKEN zur Kommunalwahl, es ist der Leitfaden unserer Politik. Wir begrüßen daher die Dresdner Erklärung in der Hoffnung, dass die Stimme der Kommunen und ihres Spitzenverbandes nicht gleich wieder verhallt.

Wer ein Blick auf die DVG wirft, weiß, hier fehlt es an allen Ecken und Kanten. Mit einer Grundsaniierung der alten Bahnen ist es längst nicht getan. Stetig steigende Sozialausgaben und die finanziellen Herausforderungen die die Stadt für die Aufnahme von Flüchtlingen zu leisten hat, machen jegliche Anstrengungen zum Schuldenabbau zunichte. Bund und Land halten damit alle finanzschwachen Kommunen in einem Hamsterrad. Dass die Finanzbeziehungen zwischen Kommunen – Land und Bund neu geordnet und nachhaltig verbessert werden müssen, ist statistisch nachzuvollziehen und wird von Tag zu Tag in den armen Kommunen, wie Duisburg, sichtbarer.

Die Dresdner Erklärung des Deutschen Städtetags weist in die richtige Richtung und kann nur unterstützt werden. Es zeigt sich aber auch, dass es nicht nur Foren zum Klagen und Fordern braucht, sondern dass die Kommunen mit an den Tisch gehören, wenn es darum geht, Aufgaben zu verteilen.“

## **Duisburger Appell – Nach anfänglicher Überraschung erfreuliche Zustimmung und Zuversicht**

25. Juni 2015

Zur Veröffentlichung des „Duisburger Appells“ zur Aufnahme von Flüchtlingen nehmen die Fraktionsvorsitzende der Linken Martina Ammann-Hilberath und Bürgermeister Erkan Kocalar Stellung:

„Der Duisburger Appell ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Manchmal braucht man einen langen Atem, um etwas zu bewirken. Der Duisburger Appell stärkt unsere Hoffnung, dass sich in der SPD noch etwas bewegen könnte.

Die SPD hat ja einen erheblichen Einfluss in der Landes- und Bundesregierung und insbesondere in den Gremien des Deutschen Städtetages. Eine finanzielle Unterfinanzierung der Kommunen bei der Unterbringung von Flüchtlingen ist unübersehbar, insbesondere in NRW. Da würde schon die 100 %ige Weiterleitung der Bundesmittel von der NRW-Landesregierung an die Kommunen etwas weiterhelfen. Jeder Druck auf die eigene Politik ist da hilfreich. Bürgermeister Erkan Kocalar hat als Mitglied im Hauptausschuss des Städtetages auf die dramatische Situation in den Kommunen Mitte Juni beim Städtetag in Dresden hingewiesen.

Klar ist, dass die Kommunen insgesamt mehr Geld benötigen. Sie brauchen aber auch andere Konzepte. Duisburg benötigt ein Unterbringungskonzept, das sich in erster Linie daran orientiert, die Flüchtlingen in Wohnungen unterzubringen. Abgeschottete Massenunterkünfte führen nicht zur Integration in die Stadtgesellschaft, sie erschweren den Weg. Diese Erkenntnis hat bereits in einigen Kommunen zu einer anderen Konzeption geführt. Duisburg mit seinen hohen Wohnungsleerständen hat gute Voraussetzungen, diesen Beispielen zu folgen. Es ist ein humanitärer Ansatz, der die Stadt auch finanziell entlasten könnte. Bestehende Gemeinschaftsunterkünfte brauchen festgelegte Standards, die sanitäre Einrichtungen, Kücheneinrichtung, Gemeinschafts- und Ruheräume, Spiel- und Erholungsräume für Kinder sowie Vorgaben zu Schlaf- und Wohnzimmergrößen für Alleinstehende und Familien umfassen sollten.

Hilfreich wäre auch, die Gesundheitsversorgung zu verbessern. Hier sollte die Landesregierung NRW aktiv alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, die Kommunen am „Bremer Modell“ in der Gesundheitsversorgung zu beteiligen. Diesem Modell sind inzwischen u.a. Bremerhaven, Hamburg und das Land Thüringen gefolgt.

Die letzten Ratssitzungen waren bezüglich Unterbringung und Gesundheitsversorgung für Flüchtlinge Nullrunden. Nach dem „Duisburger Appell“ sind wir zuversichtlich, dass im September alle Fraktionen dazu ihre kreativen und humanitären Beiträge für eine andere Asylpolitik einbringen. Dies wäre für die geflüchteten Menschen eine wirkliche Verbesserung.“

**LINKE wirbt für Solidarität mit Erzieherinnen**

10. August 2015

Nach der Ablehnung des Schlichterspruchs im Kita Streik appelliert DIE LINKE an die Eltern. Verständnis und Solidarität mit den Beschäftigten der Sozial- und Erziehungsberufe seien jetzt besonders wichtig. Die überfällige Aufwertung der Sozial- und Erziehungsberufe könne nur mit Rückendeckung der Eltern erreicht werden. „Die Entscheidung ist nachvollziehbar, aber auch mutig,“ sagt RF Martina Ammann-Hilberath, Fraktionsvorsitzende. „Jetzt müssen Erzieherinnen und Eltern zusammenstehen.“

Bei gewöhnlichen Streiks drohen die Beschäftigten ihrem Arbeitgeber mit wirtschaftlichen Schäden und haben damit ein direktes Druckmittel gegen den Arbeitgeber. Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst hingegen sind auf die Unterstützung der Öffentlichkeit angewiesen.

Die Arbeitgeberseite hätte mit dem Schlichterspruch Gehaltssteigerungen im niedrigen einstelligen Prozentbereich akzeptiert. Wenig für die Beschäftigten, aber dennoch viel Geld für die klammen Kommunen wie Duisburg. Immerhin geht es um viele Beschäftigte.

Da es sich im Erziehungsbereich um öffentliche Pflichtleistungen handelt, sind aus Sicht der LINKEN Bund und Land gefordert, den Trägern die notwendigen Mittel für eine leistungsgerechte Bezahlung ihrer Beschäftigten zur Verfügung zu stellen.

„Es geht bei diesem Streik nicht um kleine Gehaltsaufbesserungen, sondern um die Anerkennung qualifizierter Arbeit, die sich in einer entsprechenden Eingruppierung ausdrücken muss. Die Beschäftigten fordern nur, was nach gesundem Menschenverstand selbstverständlich drin sein muss,“ erklärt RF Martina Ammann-Hilberath.

Zur Finanzierung fordert die Linksfraktion die strikte Einhaltung des Konnexitätsprinzips und eine umfassende Gemeindefinanzreform.

## Der Griff in den Geldbeutel

11. August 2015

**Ein Schuljahresanfang ist für Eltern teuer. Die schulpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Barbara Laakmann, appelliert an die Eltern: „Lassen Sie den Geldbeutel erst mal zu und machen sich schlau, wer wie viel Geld mit welchem Recht zu welchem Zweck von Ihnen fordert!“**

Zunächst stellt sich die Frage: **Wie viel müssen die Eltern zahlen?**

Die Schultüte muss ja nur einmal pro Kind finanziert werden, in den nächsten mindestens 10 Jahren kommen aber erhebliche Kosten auf Eltern zu. Viele der Kosten haben allerdings keine rechtliche Grundlage.

Eltern müssen Verbrauchsmaterialien wie Hefte, Stifte, Turnschuhe, Klebstifte usw. bezahlen. Wieviel sie für Lernmittel, also Bücher usw. bezahlen, ist gesetzlich festgelegt:

- Für Kinder in der Grundschule maximal **12 €**
- Für Kinder in der Sekundarstufe I maximal **26 €**
- Für Jugendliche in der Sekundarstufe II maximal **24 €**.

Alle anderen Lernmittel, die nicht durch die Eltern als „Eigenanteil“ siehe oben finanziert werden, stellt die Schule den Schülerinnen und Schülern leihweise zur Verfügung. Die Schulkonferenz, in der auch Elternvertreter Stimmrecht haben, entscheidet darüber, welche Lernmittel in der Schule verwendet werden.

Die Höchstbeträge dürfen nicht überschritten werden; wenn z. B. in der Eingangsklasse mehr angeschafft werden muss, muss dies in den Folgejahren ausgeglichen werden. Eltern brauchen auf keinen Fall in der Grundschule mehr als **48 €** in vier Jahren aufzubringen, für die Sek I darf der Betrag von **156 €** in sechs Jahren nicht überschritten werden.

Kopiergeld darf nur als **freiwillige** Sammlung erhoben werden, und wie eine solche freiwillige Sammlung aussieht, regelt das Schulgesetz. Eltern, die Transferleistungen beziehen, sollten besonders sorgfältig hinschauen und sich bei den verschiedenen Beratungen Hilfe und Unterstützung holen.

## **Gutes Konzept für Flüchtlingsunterbringung macht Zeltstadt überflüssig**

12. August 2015

Schon wieder sollen in Walsum Zelte aufgestellt werden und diesmal gleich eine ganze Zeltstadt mit über 40 Zelten für mind. 300 Asylbewerber. Die Gründe dafür sind nicht nachvollziehbar, immerhin hat Duisburg einen extrem hohen Wohnungsleerstand zu verzeichnen. Es gibt sogar ganze Wohnkomplexe wie z.B. in der Zinkhüttensiedlung die leer stehen. Nur weil andere Städte Zelte errichten, müssen wir das nicht als schnelle Maßnahme nachmachen. Man kann Duisburg mit seinen vielen leerstehenden Wohnungen nicht mit anderen Städten vergleichen, in denen Wohnungsnot herrscht. Selbst dann sind Zelte keine geeigneten Lösungen, meint Carmen Hornung-Jahn sozialpolitische Sprecherin des Arbeitskreises ASG der LINKEN DUSBURG.

„Die enormen Anforderungen durch den Anstieg der geflüchteten Menschen in Duisburg, denen sich die Stadtverwaltung gegenüber sieht, erkennt die Linksfraktion Duisburg an und ist sich im Klaren, dass dies eine schwierige und anspruchsvolle Aufgabe ist. Zusätzlich werden, nicht nur in Duisburg, die kommunalen Verwaltungen vom Land und Bund im Stich gelassen, indem diese sich aus der Verantwortung ziehen und die Kommunen mit der Finanzierung und der Unterbringung zum größten Teil alleine lassen“, so Hornung-Jahn weiter.

„Die Informationsveranstaltung in Walsum am heutigen Mittwoch ist ein erster Schritt in die richtige Richtung, um zu einem Informationsaustausch zwischen Bürgerinnen und Bürgern, der Politik und der Verwaltung zu gelangen. Jedoch ist für die Zukunft eine frühzeitigere und umfangreichere Information notwendig, ergänzt Ratsfrau Hornung-Jahn. „Außerdem bedarf es eines aktuellen Sachlageberichtes der sowohl Bürgerinnen und Bürger als auch die Politik informiert und Grundlage einzuleitender Maßnahmen und Entscheidungen sein kann. Leider wurde dieser Vorschlag der Linksfraktion, unter anderem von SPD und CDU, im Rat abgelehnt.“

Abschließend erklärt Hornung-Jahn, „dass es eines grundsätzlichen Konzeptes für die Unterbringung von Flüchtlingen bedarf. Denn nur mit einem guten Konzept zur dezentralen Unterbringung kann die Situation der Flüchtlinge verbessert werden und kann den Bürgerinnen und Bürgern endlich ein nachvollziehbares Vorgehen dargestellt werden, ohne diese mit immer neuen Dringlichkeitsbeschlüssen und Neueröffnungen großer Sammelunterkünfte zu überraschen.“

Hinweis: Die Linksfraktion Duisburg hat einen Antrag für ein Konzept zur Unterbringung von Flüchtlingen gestellt, der am 3. September im Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit beraten wird.

## **Walsumer Zeltlager eine Schande für Duisburg**

31. August 2015

DIE LINKE Duisburg lehnt die geplante Zeltunterbringung von 300 Flüchtlingen in Walsum ab und fordert eine dezentrale Unterbringung in normalen freistehenden Wohnungen im gesamten Stadtgebiet.

Nach der Besichtigung des Zeltlagers ringt Thomas Keuer, Mitglied des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales, nach den richtigen Worten: „Das, was sich uns da bot, ist menschenunwürdig. Die Zelte sind vollgestopft mit Liegen für jeweils acht Personen. Sie wurden in direkter Nähe zur Autobahn aufgestellt – die entsprechende Lärmbelästigung und Gefährdung der Kinder inbegriffen. Die „sanitären Anlagen“ bestehen aus mehreren Dusch- und Toilettencontainern sowie einem meterlangen Blechtrog, der einer Viehtränke gleicht.“

Keuer weiter: „In den letzten 20 Jahren hat Duisburg 50.000 Einwohner verloren – und da soll kein Platz für 5.000 Flüchtlinge sein? In unserer Stadt gibt es genug leer stehenden Wohnraum, der in dieser Notsituation genutzt und im Zweifel beschlagnahmt werden muss, ehe Familien mit ihren Kindern in Zelten hausen müssen.“

## **Obdach und Gesundheitskarte für Flüchtlinge: Ausschuss-Mehrheit lehnt sich zurück und wartet ab**

04. September  
2015

In der Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit wurde der Antrag zur Einführung einer Gesundheitskarte und die Forderung nach einem Unterbringungskonzept für Flüchtlinge von SPD und CDU abgelehnt. Dazu Thomas Keuer, Mitglied der Linksfraktion im Ausschuss: „Seit zwei Jahren fordern wir, dass die Stadt Duisburg für eine ausreichende und dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen sorgt. Aber anstatt einen „guten Plan“ zu entwickeln, wie es der Oberbürgermeister bei seinem Amtsantritt versprochen hat, nimmt man lieber das Bild der Überforderung der Verwaltung in Kauf.

Selbst die Einführung der Gesundheitskarte, die für Flüchtlinge wichtig, manchmal auch überlebenswichtig ist und auch die Kommune finanziell entlastet, wurde abgelehnt. Und das, obwohl die Landesregierung NRW als erstes Flächenland mit den Krankenkassen einen Rahmenvertrag für die Einführung einer Gesundheitskarte abgeschlossen hat. Die ablehnende Haltung der SPD-Fraktion ist vor diesem Hintergrund völlig unverständlich. Dabei wäre die schnelle Einführung dieser Gesundheitskarte auch nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Zu groß ist die Not der Menschen, die nicht krankenversichert und auf die Hilfe der vielen ehrenamtlich Aktiven angewiesen sind.

Zu allem Überflus wird in Duisburg den vielen freiwilligen Helferinnen und Helfern ihr Engagement erschwert. So sucht man auf der Homepage der Stadt vergebens Informationen, weder für die Ehrenamtlichen noch für die Flüchtlinge.

## **MSV lädt Flüchtlinge ein! Erfolgreicher Antrag der LINKEN**

17. September  
2015

Die Ratsfraktion DIE LINKE begrüßt es sehr, dass der MSV Duisburg in Zusammenarbeit mit anderen Verbänden und Institutionen 1.500 Flüchtlinge zum Heimspiel gegen den FSV Frankfurt am kommenden Wochenende einladen wird. Die Linksfraktion ist mit einem entsprechenden Antrag im Sportausschuss initiativ geworden. "Wir bedanken uns beim MSV für die schnelle Reaktion und hoffen, dass viele weitere ähnliche Aktionen folgen werden", so der sportpolitische Sprecher der Linksfraktion, Michael Dubielczyk.

Diesen Antrag hatte der Betriebsausschuss mit nur einer Gegenstimme angenommen. In der Begründung hatte DIE LINKE auf die sehr schwierige Situation der Flüchtlinge in Duisburg hingewiesen „Um die Schutzsuchenden, darunter zahlreiche Kinder, von ihren Sorgen und traumatischen Erfahrungen ein wenig abzulenken, wäre eine Einladung zu MSV-Heimspielen ein positives Zeichen mit Signalwirkung, alle Flüchtlinge bei uns willkommen zu heißen.“

Michael Dubielczyk: „Wir hoffen, dass der Besuch im Fußballstadion für die Flüchtlinge ein wenig Leichtigkeit in ihren Alltag bringt und evtl. auch den Weg in die Vereinswelt in Duisburg ebnet.“

**Die LINKE erklärt: BILDnotWelcome Erklärung zu unserer Pressemeldung vom 17.09.2015**

10. Juni 2015

In unserer gestrigen Pressemitteilung haben wir den MSV Duisburg dafür gelobt, dass er 1.500 Flüchtlinge für das Heimspiel gegen den FSV Frankfurt am Sonntag, d. 20.09.2015, einladen wird. Der zeitnahe Zusammenhang mit dem Antrag der LINKEN im Betriebsausschuss DuisburgSport, in dem der MSV gebeten wurde, Flüchtlinge zu Heimspielen einzuladen, war für unsere Begründung plausibel.

Auf der Sitzung des Betriebsausschuss SuisburgSport am 8. September wurde der Antrag mit nur einer Gegenstimme von fast allen Fraktionen begrüßt. Daraufhin sollten Gespräche mit dem Verein geführt werden. Auf der Homepage des MSV Duisburg und in anderen Medien wurde die Aktion des Vereins bekannt gegeben ohne Hinweis darauf, dass es sich um eine PR-Aktion der BILD-Zeitung handelt. Die Fraktion DIE LINKE distanziert sich eindeutig von dieser Aktion!

Die BILD-Zeitung schürt Vorurteile und Rassismus und verbreitet bewusst Lügen über die Situation von Flüchtlingen und deren Motivation ihre Heimat zu verlassen.

Diese Aktion ist keine Hilfe für Flüchtlinge, sondern eine für die BILD-Zeitung!

Der sportpolitische Sprecher der Linksfraktion Michael Dubielczyk fordert den MSV auf, sich auch wie andere Vereine in der 1. und 2. Bundesliga dem Boykott-Aufruf anzuschließen!

Dennoch müsse sich der MSV Duisburg weiter verpflichtet fühlen, durch eigene Maßnahmen den Besuch und die Betreuung von Flüchtlingen zu den Heimspielen zu gewährleisten!

**Gesundheitskarte für Flüchtlinge schnellstens einführen**18. September  
2015

Carmen Hornung-Jahn sozialpolitische Sprecherin der LINKEN begrüßt den Antrag der Grünen, der Rahmenvereinbarung zur Einführung der Gesundheitskarte bei zu treten. „Die Einführung eines Gesundheitsprogramms haben wir bereits im März gefordert. Leider wurden unsere Anträge zum Flüchtlingskonzept und zur Gesundheitskarte abgelehnt.“

Die Linksfraktion hofft, dass sich die SPD dieses Mal für die Einführung ausspricht, mittlerweile hat ja immerhin die rot-grüne Landesregierung NRW Verhandlungen mit den Krankenkassen geführt und eine Rahmenvereinbarung getroffen. Aber die Zeit läuft! Bis Ende Oktober müssen die Städte in NRW sich entschieden haben, wenn die Gesundheitskarte für Flüchtlinge bis zum 1 Januar 2016 kommen soll.

Carmen Hornung-Jahn: „Mit der Einführung der Gesundheitskarte ist eine unbürokratische Krankenversorgung im Notfall gesichert. Der bürokratische Aufwand im Sozialamt kann abgebaut werden. Erfahrungen aus Bremen und Hamburg, die das System längst eingeführt haben, zeigen auch, dass die Befürchtungen einiger, das könne die Kosten der Kommune in die Höhe treiben, nicht haltbar sind. In Hamburg konnten beispielsweise 1,6 Millionen Euro Verwaltungskosten eingespart werden.“



## **Kinder haben Rechte – Weltkindertag 20.09.15 in Duisburg**

18. September  
2015

Am Weltkindertag wird die Stadt Duisburg mit einem umfangreichen Programm feiern. Es wird ein fröhliches Familienfest am Duisburger Innenhafen werden. DIE LINKE wird am Rande des Festes mit einem Stand vertreten sein. Fraktionsvorsitzende Martina Ammann-Hilberath, Mitglied im Jugendhilfeausschuss, wird dort auch für Eltern, Kinder und Jugendliche ein offenes Ohr haben.

„Am Weltkindertag hat die Verwaltung mit den verschiedenen Organisationen und Initiativen, die seit Jahre in Duisburg aktiv sind, ein großartiges Programm zusammengestellt an dem sich alle Kinder beteiligen können. Dieses Fest soll aber nicht davon ablenken, was in dieser Gesellschaft passiert. Die Kinderarmut ist alarmierend. Diese Republik hängt ein Viertel aller Kinder ab. Finanzielle Unterversorgung und fehlende soziale Teilhabe sind im Alltag dieser Kinder eine schwere Hypothek.“ so Martina Ammann-Hilberath.

„Mit dem Bildungs- und Teilhabepaket wurde ein bürokratisches Päckchen geschnürt, dessen Leistungen bei den Kindern nur begrenzt ankommen. Wir brauchen eine öffentliche Infrastruktur, die allen Kindern Förderung und Teilhabe ermöglicht. Dazu gehört eine gebührenfreie Bildung, aber auch eine familienfreundliche Arbeitswelt und gute Arbeitsbedingungen, die allen Eltern gesellschaftliche Teilhabe und finanzielle Sicherheit gibt, von der ihre Kinder profitieren.“

## **Unterbringungssituation für Flüchtlinge macht ein Umdenken nötig**

28. September  
2015

Vor dem Hintergrund der neuesten Meldungen zur Flüchtlingsunterbringung wird deutlich, dass die Situation immer angespannter wird. Der Presse war zu entnehmen, dass die Glückauf-Halle zur Notunterkunft hergerichtet werden soll, in der bis zu 200 Flüchtlinge untergebracht werden. Aufgrund dieser Tatsache und der weiterhin unsäglichen Situation mit der Zeltstadt in Walsum stellt sich erneut die Frage des Unterbringungskonzeptes der Stadt Duisburg.

Ratsfrau Carmen Hornung-Jahn, sozialpolitische Sprecherin der Linksfraktion Duisburg, erklärt in diesem Zusammenhang:

„Die Linksfraktion Duisburg verfolgt ein Konzept bei der Flüchtlingsunterbringung, welches die dezentrale Unterbringung in Wohnungen favorisiert und den Fokus darauf legt, dass die geflüchteten Menschen, sobald es möglich ist, in eigene Wohnungen unterkommen. Diesbezüglich hat die Linksfraktion schon einen Antrag gestellt, der jedoch mit erdrückender Mehrheit (u.a. SPD und CDU) abgelehnt wurde. Vor dem Hintergrund der aktuellen weiteren Verschärfung der Unterbringungssituation, ist es für die Linksfraktion Duisburg absolut nicht nachvollziehbar, warum die Stadt Duisburg, trotz des enormen Wohnungsleerstandes, die Unterbringung in Wohnungen oftmals nicht weiter verfolgt. Es gibt ganze Wohnungskomplexe, wie z.B. die Zinkhüttensiedlung, die leer stehen und mit geringem Aufwand zu menschenwürdigen Wohnungsunterkünften wieder hergerichtet werden könnten. Dieses Potential sollte man nicht verschenken und die Möglichkeit zur angemessenen Unterbringung auch nutzen.“

**Stelle des Stadtkämmerers soll nach Fähigkeiten,  
nicht nach Parteibuch vergeben werden**29. September  
2015

In der letzten Ratssitzung wurde die Stellenausschreibung für die Stelle einer Stadtkämmerin/eines Stadtkämmerers beschlossen. Hierzu stellte die Linksfraktion Duisburg einen Änderungsantrag zur Umformulierung der Stellenausschreibung.

Es wurde beantragt, die Ausschreibung um detaillierte fachliche Kompetenzen zu erweitern. So sollte die Ausschreibung wie folgt ergänzt werden: „Ein abgeschlossenes Hochschul- oder Fachhochschulstudium (bzw. gleichwertiger Abschluss), betriebswirtschaftliche Kenntnisse sowie Erfahrungen in Leitungsfunktionen des ausgeschriebenen Zuständigkeitsbereichs werden vorausgesetzt.“ Die Ablehnung von CDU und SPD ist für Ratsfrau Carmen Hornung-Jahn nicht nachvollziehbar. „Ein Kämmerer hat eine schwere und verantwortungsvolle Aufgabe. Daher ist es unverzichtbar bei der Ausschreibung auf hinreichende Qualifikationen zu achten. Wer Verantwortung für die Stadt zeigen will, besetzt eine Stelle nicht nach Parteibuch sondern nach Fähigkeiten.“

**Linksfraktion Duisburg erhält keine  
Unterstützung zur Verhinderung neuer KiTa-  
Streiks**

10. Juni 2015

Zur letzten Ratssitzung hat die Linksfraktion Duisburg sowohl einen Antrag zur Investition von nicht gezahlten Gehältern im Zuge des Kita-Streiks, als auch einen Antrag zur Verhinderung neuer Streiks im Tarifkonflikt der Erzieherinnen gestellt.

Hierzu erklärt Martina Ammann-Hilberath, Fraktionsvorsitzende der Linksfraktion Duisburg: „Aufgrund der Erfahrungen des letzten KiTa Streiks und der Belastungen für Eltern, Kinder und Erzieherinnen auf der einen Seite und den mehr als berechtigten Forderungen der Erzieherinnen auf der anderen Seite, hat die Linksfraktion beantragt, dass der Rat der Stadt Duisburg die kommunalen Arbeitgeberverbände und die Gewerkschaften auffordern soll, alle Verhandlungsmöglichkeiten zu nutzen, um erneute Streiks zu verhindern. Dies ist besonders vor dem Hintergrund der aktuell laufenden Gespräche zwischen Arbeitgeberverbänden und den Gewerkschaften eine äußerst wichtige Forderung.“

Keine andere Ratsgruppe oder –fraktion sah es als notwendig an, über diesen Punkt auch nur ein Wort zu verlieren, geschweige denn zuzustimmen. Ammann-Hilberath ergänzt: „Wir waren sehr erstaunt, dass alle anderen Fraktionen an diesem drängenden Thema kein Interesse zeigten.“

Die Linksfraktion hat des Weiteren beantragt, dass die durch den geführten Streik in den kommunalen Tageseinrichtungen für Kinder der Stadt Duisburg ersparten Entgelte und Vergütungen nicht im allgemeinen Haushalt der Stadt Duisburg verbleiben, sondern den Kindertageseinrichtungen für Investitionen zur Verfügung gestellt werden. Ratsfrau Carmen Hornung-Jahn, sozialpolitische Sprecherin der Linksfraktion, hat kein Verständnis für das Vorgehen der Verwaltung, die eingesparten Gelder des KiTa-Streiks nicht wieder in den Ausbau der Kitas für Möbel und Lernspielzeug zu stecken. „Durch den Streik hat die Stadt rund 1,7 Mio. € gespart, davon werden 350.000 € an Beiträgen wieder an die Eltern ausgezahlt. Der Rest soll für die zu erwartenden Lohnerhöhungen zur Seite gelegt werden. Dies ist Sparen auf Kosten unserer Kinder und deren Bildung. Für die LINKE ein absolutes NO GO.“

**Einführung der Gesundheitskarte für Flüchtlinge**

12. Oktober 2015

Mit Freuden hat die Linksfraktion Duisburg der Presse entnommen, dass sowohl Oberhausen, als auch Monheim die elektronische Gesundheitskarte für Flüchtlinge im kommenden Jahr auf den Weg bringen wollen und Köln und Münster dieselbe Absicht verfolgen.

Hierzu erklärt Ratsfrau Carmen Hornung-Jahn, sozialpolitische Sprecherin der Linksfraktion Duisburg: „Nachdem es in NRW gelungen ist, einen Rahmenvertrag zur Einführung der Gesundheitskarte für Flüchtlinge zu schließen, ist es sehr erfreulich zu sehen, dass die ersten Kommunen nun Beschlüsse zur Teilnahme gefasst haben. Duisburg sollte sich daran ein Beispiel nehmen und nun schnell nachziehen. Der Rat der Stadt Duisburg hat in seiner letzten Sitzung am 21.09.15 leider gegen den Beitritt zur Rahmenvereinbarung zur Einführung der Gesundheitskarte für Flüchtlinge gestimmt. Nur DIE LINKE und die Grünen haben damals den Antrag unterstützt. Durch diese Entscheidung wurde die Möglichkeit verpasst, schon am 1. Januar 2016 die Gesundheitskarte einzuführen, da dazu ein Beschluss noch im Oktober dieses Jahres hätte gefällt werden müssen. Nichtsdestotrotz wird die Linksfraktion Duisburg sich weiter dafür einsetzen die Gesundheitskarte für Flüchtlinge auch in Duisburg schnellstmöglich einzuführen und somit eine deutlich bessere Gesundheitsversorgung für Flüchtlinge zu realisieren.“

**Veranstaltung: Nahverkehr der Zukunft**10. November  
2015

Am Donnerstag, 12.11.15 um 18.00 Uhr, lädt die Ratsfraktion DIE LINKE zu einer öffentlichen Informationsveranstaltung in das Konferenz- und Beratungszentrum „Der Kleine Prinz“ ein. Der Verkehrsexperte Prof. Dr. Heiner Monheim wird über den öffentlichen Nahverkehr und Grundideen zur Verbesserung der derzeitigen Situation sprechen.

„Diese Veranstaltung ist die zweite innerhalb der Reihe „Zukunft Mobilität“, mit der wir über Alternativen der Finanzierung und der Möglichkeit des Ausbaus der städtischen Infrastruktur diskutieren wollen. In Duisburg nähert sich der ÖPNV dem Kollaps. Die Straßenbahnen sind in die Jahre gekommen, Geld für neue ist nirgendwo zu sehen. Häufiger fallen Fahrzeuge komplett aus, müssen vom Gleis geschleppt werden, der Linienplan gerät aus dem Takt. Viele Bahnen müssen oder sind zur Generalüberholung bundesweit in Werkstätten. Der Schienenersatzverkehr durch Busse ist auf einigen Streckenabschnitten zur Dauereinrichtung geworden. Kein Wunder, die Bahnen sind alle über 20 Jahre alt, die ältesten sogar über 32 Jahre, und legen jährlich mehr als 70.000 Kilometer zurück. Für eine Rundumerneuerung der alten Bahnen wird mit einem zweistelligen Millionenbetrag gerechnet“, sagt Martina Ammann-Hilberath Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Rat der Stadt Duisburg.

Wir laden alle Interessierten ein, sich gemeinsam zu informieren und über alternative Finanzierungsmodelle zu diskutieren.

**Kein weiteres fossiles Abenteuer der Stadtwerke**

02. Dezember 2015

Die Linksfraktion warnt vor der Übernahme ostdeutscher Braunkohlereviere durch den STEAG Konzern, an dem auch die Stadtwerke Duisburg beteiligt sind. Zu den Übernahmegerüchten der Lausitzer Braunkohlesparte durch den Steag Konzern äußert sich der umweltpolitische Sprecher der Linksfraktion, Lukas Hirtz:

„Während im Ruhrgebiet die Gerüchteküche kocht, ob der Steag Konzern sich ernsthaft als Kandidat für die Übernahme der Lausitzer Braunkohlesparte von Vattenfall ins Bieterabenteuer gestürzt hat, protestieren Brandenburger Betroffene in Prag vor der Konzernzentrale des Energiekonzerns CEZ. Der Energieriese hat ein Kaufinteresse angezeigt wozu die Steag schweigt. Keine Dementi – kein Bekenntnis. Wir warnen die Steag und die Stadtwerke davor, sich in ein weiteres fossiles Abenteuer zu stürzen. Es steht in den Sternen wie lange noch mit Braunkohle Geld erwirtschaftet werden kann. Fest steht aber, dass die Braunkohleverstromung unsere Umwelt wie kaum eine andere Technik belastet.

Erklärtes Ziel und Voraussetzung für den STEAG-Erwerb – durch Ratsbeschluss – war der ökologische Umbau des Konzerns. Der Erwerb von Braunkohle-Tagebauen und Kraftwerke ist mit diesem Beschluss nicht vereinbar. Wir fordern viel mehr, dass die Steag endlich ein Konzept vorlegt, wie sie schnellstmöglich und ohne Belastung der Stadtwerke oder kommunalen Haushalte auf 100% regenerative Energien umsteigt.

Der Steag fehlt aber auch eine demokratische Legitimation. Die Stadtwerke müssen darauf hinwirken, dass die Räte der Städte endlich Einfluss auf das Verhalten des Konzerns bekommen. Auch die Demokratisierung des Energiemarktes war und ist Ziel der Steag-Übernahme durch die Stadtwerke.

**BSG fällt wegweisendes Urteil**

05. Dezember 2015

Das Bundessozialgericht hat am 03.12.15 ein wegweisendes Urteil gesprochen, dass die Lebenssituation vieler EU-BürgerInnen in Duisburg verändert. Das Hohe Gericht hat entschieden, dass sie in Deutschland Sozialhilfe erhalten können, wenn sie sich länger als sechs Monate im Land aufhalten. Carmen Hornung-Jahn, sozialpolitische Sprecherin der Linksfraktion: „Ich gehe davon aus, dass jetzt viele Familien, die hier seit Jahren leben, Anspruch auf Sozialhilfe haben und damit vor allem krankenversichert sind.“

Nach dem BSHG-Urteil haben EU-BürgerInnen Anspruch auf Arbeitslosengeld II, wenn sie mindestens ein Jahr in Deutschland sozialversicherungspflichtig beschäftigt waren. Bei einer geringeren Beschäftigungszeit werden lediglich 6 Monate Leistungen nach Hartz IV bezahlt. Haben EU-BürgerInnen noch gar nicht in Deutschland gearbeitet, erhalten sie bisher lediglich Kindergeld. Die Kasseler Richter verwiesen jedoch auf das Grundrecht auf Sicherung des Existenzminimums. Bei einem „verfestigten Aufenthalt“ – der nach 6 Monaten gegeben ist - sei zumindest Sozialhilfe an die Betroffenen zu zahlen, heißt es in dem Urteil.

„In Duisburg leben allein ca. 11.000 UnionsbürgerInnen aus Südosteuropa, viele in erbärmlichen Verhältnissen weil sie keine finanzielle Unterstützung bekommen. Die große Zahl der nicht krankenversicherten Menschen in Duisburg, insbesondere der betroffenen Kinder, ist eine humanitäre Katastrophe in dieser Stadt. Das Urteil gibt Grund zur Hoffnung, dass sich hier etwas ändern wird.“

**Duisburgs Partnerstadt Calais wählt mehrheitlich Front National**

08. Dezember 2015

Die Linksfraktion ist entsetzt über das Ergebnis der Regionalwahlen in Duisburgs Partnerschaft Calais. Die rechtspopulistische Front National erhielt fast 50 Prozent der Stimmen. Duisburg unterhält seit 1964 eine Städtepartnerschaft mit Calais. Fraktionsvorsitzende Martina Ammann-Hilberath fragt sich, wie unter solchen Bedingungen eine zukünftige Gestaltung der Städtepartnerschaft noch aussehen kann.

„Die unhaltbaren Zustände in Calais kennen wir jetzt seit vielen Monaten. Tausende Flüchtlinge warten auf ihre Chance von Calais aus über den Kanal zu kommen. Das Lager, das auch als „Dschungel“ bezeichnet wird, ist eine Flüchtlingsstadt der Verzweifelten und Ausdruck einer menschenverachtenden Flüchtlingspolitik der Stadtverwaltung.

Guten Gewissens wird zukünftig weder ein Repräsentant der Stadt Duisburg noch Vertreter der demokratischen Parteien eine Delegation begrüßen können. Die Linksfraktion wird über mögliche Wege, evtl. über Das Ruhen dieser Städtepartnerschaft, diskutieren und entsprechend aktiv werden.“

**Gehaltsgefälle nicht vertretbar**

17. Dezember 2015

Die Kluft zwischen den Gehältern der kommunalen Betriebe und den Beschäftigten vergrößert sich Jahr für Jahr. Zu dem zukünftigen Jahresgehalt des Vorstandsvorsitzenden der DVV bezieht die Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Rat der Stadt Duisburg, Rf Martina Ammann-Hilberath, wie folgt Stellung:

„ Das große Gefälle zwischen den Gehältern der Vorstandsvorsitzenden bzw. Geschäftsführern der kommunalen Betriebe und deren Angestellten ist mittlerweile dermaßen groß, dass das weder in der Bevölkerung zu vermitteln noch politisch vertretbar ist. Insbesondere für die Beschäftigten der Stadtwerke Duisburg ist das ein Schlag ins Gesicht. Während zum 2. Mal hunderte Stellen gestrichen werden und annähernd 200 Millionen Euro Kredit seitens der Stadt für den Umbau der Stadtwerke fließen, soll noch schnell vor Weihnachten das Gehalt von Herrn Wittig um 12 % steigen. Das sind ca. 8.000 Euro mehr als der durchschnittliche Bruttojahresarbeitslohn. Ein Antrag der Linksfraktion im letzten Jahr, dass die Verwaltung ein Vergütungskonzept vorlegt, das unter Berücksichtigung der jeweiligen Voraussetzungen und Verantwortungen einer Geschäftsführung/eines Vorstandes der jeweiligen Gesellschaften eine Summe von 300.000 Euro p. a. nicht übersteigt, scheiterte an der erdrückenden Mehrheit von SPD und CDU. Da dem Gehälterwildwuchs vor Ort kaum Einhalt zu gebieten ist, muss der Landesgesetzgeber einschreiten! Nach Auflagen des Stärkungspaktgesetzes werden hunderte Stellen in der Verwaltung der Stadt Duisburg gestrichen. Es muss auch möglich sein, Obergrenzen für die Geschäftsführer und Vorstandsvorsitzenden festzulegen.“

## Mehr Sozialwohnungen und barrierefreier Wohnraum

17. Juni 2016

DIE LINKE im Rat der Stadt Duisburg fordert eine deutliche Erhöhung des Anteils an gefördertem Wohnraum und die Bereitstellung eines signifikanten Anteils an barrierefreiem Wohnraum im Planungsgebiet zwischen Wedau und Bissingheim.

Hierzu erklärt Mirze Edis, planungspolitischer Sprecher der Linksfraktion Duisburg: „Für uns ist es unabdingbar, dass neuer geförderter Wohnraum und barrierefreie Wohnungen in Duisburg geschaffen werden. Insgesamt haben wir es nicht nur in Duisburg, sondern in ganz Deutschland mit einem gravierenden Rückgang an Sozialwohnungen zu tun. Jedes Jahr fallen mehr Wohnungen aus der Preisbindung und neue Sozialwohnungen entstehen kaum. Gerade für das Neubaugebiet zwischen Wedau und Bissingheim ist es uns ein wichtiges Anliegen, dass nicht nur zahlungskräftiges Düsseldorfer Klientel durch hochwertigen Wohnungsbau nach Duisburg gezogen wird, sondern dass speziell auch diejenigen Duisburger, die über kein sehr hohes Einkommen verfügen, die Möglichkeit haben in unserer Stadt qualitativ hochwertig zu leben. Speziell für junge Familien und einkommensschwächere Menschen ist ein Angebot an Sozialwohnungen wichtig und wir erhoffen uns somit ein heterogenes neues Wohnquartier schaffen zu können, welches nicht nur für Besserverdiener erschwinglich ist. Daher fordern wir anstatt der anvisierten 5 % bis 10 % Anteil an gefördertem Wohnraum im Planungsgebiet, diesen Anteil deutlich auszuweiten und auf 20 % bis 25 % anzuheben.“ Ergänzend erklärt Herbert Fürmann, Ausschussmitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Verkehr für DIE LINKE: „Ähnlich wie bei den Sozialwohnungen verhält es sich bei den barrierefreien Wohnungen, die aufgrund der sich verändernden Altersstruktur und dem damit verbundenem steigenden Bedarf immer wichtiger werden. Daher fordern wir, dass im gesamten Planungsgebiet in jeder Entwicklungsphase und räumlich verteilt ein signifikanter und an den realen Bedarf angepasster Anteil an barrierefreiem Wohnraum bereitgestellt werden.“

## Schulen sanieren statt Bäume fällen

01. September 2016

„Wir scheinen in Duisburg derzeit eine große Kettensägen-Koalition zu haben?“, meint Lukas Hirtz, umweltpolitischer Sprecher der Ratsfraktion. „Anders ist nicht zu erklären, dass derzeit immer mehr Bäume und Alleen abgeholzt werden sollen. Die angeblichen Straßenschäden durch die Baumwurzeln sind doch nicht über Nacht mit dem KIDU gekommen. Und es ist auch schwer erklärbar, dass plötzlich etliche Alleen erkrankt sind.“

Wir brauchen keine pflegeleichte, autogerechte und menschenfeindliche Flächen, sondern ein behutsames und nachhaltiges Einwirken für eine lebenswerte Stadt.

Finanzielle Sonderleistungen des Landes insbesondere für notwendige Investitionen (KIDU) sind natürlich heiß begehrt in einer Stadt, die ihren Haushalt sanieren muss. Allerdings brauchen arme Städte in NRW keine Almosen, sondern eine bessere finanzielle Ausstattung. Die KIDU-Maßnahmen mussten in aller Schnelle angemeldet werden, Alternativen, wie von der LINKEN vorgeschlagen – Sanierung der Schulen – wurden nicht ernsthaft diskutiert. Eine Beteiligung der Bevölkerung konnte erst recht nicht in Gang gebracht werden. Die „Begleitmaßnahmen“, wie zum Beispiel die Vernichtung von Alleen, dürfen jetzt nur noch zur Kenntnis genommen werden. Die unausgesprochene Kooperation von SPD und CDU bringt einen Kahlschlag ohne gleichen.

Wir werden im Umweltausschuss weiterhin gegen die Rodung ganzer Straßen stimmen und den Widerstand von BürgerInnen unterstützen. Wichtig wäre auch ein breites Bündnis zur Wiedereinsetzung der Baumschutzsatzung. Denn auch auf privaten Geländen wird wie wild geholzt. Das schadet unserer Stadt nachhaltig.“



**Gegen Abbau von 1.000 Arbeitsplätzen bei Steag**

12. September 2016

Die Ratsfraktion DIE LINKE. Duisburg wendet sich gegen den Abbau von bis zu 1.000 Arbeitsplätzen bei der Steag und kritisiert die Informationspolitik des kommunalen Energiekonzerns. Dieser hat noch nicht einmal die ohnehin viel zu schwachen Beteiligungsmöglichkeiten der Stadträte genutzt, um über sein Vorhaben zu informieren und zu beraten.

„Es ist nicht akzeptabel, dass die demokratisch gewählten Vertreterinnen und Vertreter der Eigentümer aus der Presse von so einem massiven Arbeitsplatzabbau eines kommunalen Unternehmens erfahren“, so die Fraktionsvorsitzende Martina Ammann-Hilberath. „Das ist mehr als nur ein schlechter Stil. Im uns vorgelegten letzten Geschäftsbericht wurde an keiner Stelle ein möglicher Stellenabbau erwähnt. Da solche Entscheidungen jedoch langfristig getroffen werden, wäre es ein Leichtes gewesen, hier transparent zu informieren und eine Debatte zuzulassen. Gerade hier in Duisburg, wo durch die aktuelle Entwicklung im Stahlbereich schon sehr viele Arbeitsplätze bedroht sind, sind jetzt erneut viele Arbeitsplätze im Kraftwerk Walsum gefährdet. Sowohl die Personal- als auch die Informationspolitik der Steag ist unhaltbar.“

Ammann-Hilberath ergänzt: „Die Ratsfraktionen der Partei DIE LINKE. haben sich in den beteiligten Städten immer für Transparenz und demokratische Mitwirkungsmöglichkeiten der Städte eingesetzt, insbesondere mit der Forderung nach einem kommunalen Beirat. Diese Forderung ist sogar in einigen Stadträten mit Mehrheit verabschiedet worden, wurde aber von der Steag immer ignoriert. Ein solcher Beirat wäre der richtige Ort für rechtzeitige Information und strategische Debatten gewesen.“

**Linksfraktion kämpft für bezahlbaren und qualitativ hochwertigen Wohnraum**

06. Oktober 2016

In letzter Zeit erreichen uns viele positive Nachrichten von der Expo Real in München. Endlich werden neue Stadtentwicklungsprojekte nach jahrelangem Stillstand in Duisburg auf den Weg gebracht. Hierzu erklärt Herbert Fürmann, für DIE LINKE im WSV Ausschuss:

„Wir begrüßen es außerordentlich, dass nun endlich Bewegung in die Stadtentwicklung Duisburgs hinein kommt. Wir werden jedoch ganz entschieden dafür eintreten, dass diese Entwicklung sozial gerecht ausgestaltet wird. Hier geht es uns in erster Linie um bezahlbaren und qualitativ hochwertigen Wohnraum, der allen Duisburgerinnen und Duisburgern zur Verfügung steht und nicht nur einem zahlungskräftigen Klientel. Wir werden mit unseren Bemühungen zu mehr gutem und bezahlbarem Wohnraum nicht nachlassen. Gerade in Bezug auf das neue Wohnbaugebiet in Wedau Bissingheim wird dies ganz zentral werden. Schon in der Ratssitzung am 20.09.2016 haben wir diesbezüglich beantragt, anstatt der anvisierten 5 % bis 10 % Anteil an gefördertem Wohnraum im Planungsgebiet, diesen Anteil auf 20 % bis 25 % deutlich auszuweiten. Dies wurde von SPD, CDU, JuDU/DAL, FDP und AfD abgelehnt. Wir werden dort nicht lockerlassen und in der weiteren Planung immer wieder auf mehr sozialen Wohnungsbestand drängen.“

Ergänzend erklärt Herbert Fürmann: „Die Mietpreise, speziell für Klein- und Familienunternehmen z.B. aus dem Gastronomie- und Einzelhandelsbereich, müssen gedeckelt werden, um potentielle Mieter nicht abzuschrecken bzw. aktuelle Mieter nicht zu verdrängen. Es darf nicht sein, dass sich nur die kapitalstärksten Unternehmen in Duisburg niederlassen können. Die Negativentwicklungen bei den Mietpreisen müssen gestoppt werden, um Wohnen nicht zu einer Ware werden zu lassen und potentielle Gewerbetreibende nicht abzuschrecken.“



**Stadtteilführung durch Hamborn****02. August 2016**

Die Linksfraktion Duisburg wird am 06.08.2016 eine Stadtteilführung durch Hamborn veranstalten und lädt alle interessierten Bürgerinnen und Bürger herzlich dazu ein. Herbert Fürmann, Bezirksvertreter der Linksfraktion in Duisburg-Hamborn und die Hamborner Ratsfrau Carmen Hornung-Jahn organisieren die Veranstaltung, die um 14 Uhr am Bahnhof Hamborn beginnen wird. Geleitet wird die Stadtteilführung von dem Lokalhistoriker Jörg Weißmann vom Heimatverein Hamborn. Vom Bahnhof Hamborn aus geht es über die Markgrafenstraße zur Norbertuskirche, durchs Dichterviertel zur Kurt-Spindler-Str. und abschließend zum Rathaus Hamborn. Für die Stadtteilführung sollten ca. 2 bis 2,5 Stunden eingeplant werden.

Zur weiteren Einstimmung auf die Stadtteilführung erklärt Jörg Weißmann: „Die Geschichte Hamborns war immer die Geschichte der Arbeiterbewegung. Vom Matrosenaufstand Anfang November 1918 in Kiel ausgehend, bildeten sich zu Beginn der Revolution von 1918/19 in nahezu sämtlichen deutschen Städten Räte von revolutionär gesinnten Arbeitern und Soldaten. So auch in Hamborn. Macht- und Schaltzentrale war das Rathaus Hamborn. Im Spätherbst 1919 lösten sich die letzten Arbeiterräte auf. Im Zuge der Führung durch Hamborn werde ich vom immer stärker werdenden Einfluss der KPD auf die Hamborner Arbeiter berichten. Nirgendwo war die KPD stärker im Deutschen Reich als im Dichterviertel in Obermarxloh. Hamborn galt als „Spartakistennest“. Wahllokale im Dichterviertel werden erlaufen. Der Widerstand gegen die Nationalsozialisten wird u.a. an der Biographie des KPD-Stadtverordneten Kurt Spindler erläutert. Das private und politische Leben der KPD-Reichstagsabgeordneten für den Duisburger Norden in Berlin, Julius Adler und Mathias Thesen, begleiten die Teilnehmer während der Führung. Schauplatz des Roten-Frontkämpferbundes (Paramilitärische Kampfverband unter Führung der KPD) war der Norbertuskirchplatz im Dichterviertel. Die Teilnehmer werden auf den Spuren des KPD-Führers Ernst Thälmann zum Hamborner Bahnhof kommen. Hier steht der Widerstand ehemaliger Sozialdemokraten der „Germania Brotfabrik“ gegen die Nazidiktatur im Vordergrund. Wie bei allen Führungen zeige ich viele historische Ansichten und Flugblätter aus meiner Sammlung.“

**Kreberregende Stoffe im Kunstrasen****27. Oktober 2016**

Kunstrasenplätze stehen immer wieder im Verdacht giftige, kreberregende Stoffe zu enthalten. Die Linksfraktion Duisburg nimmt dies zum Anlass in der nächsten Sitzung des Betriebsausschusses DuisburgSport einen Sachstandsbericht über Kunstrasenplätze und mögliche Gesundheitsschäden einzufordern. Hierzu erklärt Michael Dubielczyk, sportpolitischer Sprecher der Linksfraktion: „Das Thema Gift auf Kunstrasenplätzen steht immer wieder in der Diskussion. Anlass sind Warnungen von Wissenschaftlern die darauf verweisen, dass das Gummigranulat möglicherweise kreberregende Stoffe enthalte. Das Gummigranulat wird aus Altreifen hergestellt und auf Kunstrasen gestreut, um das Rutschverhalten und den Ball Lauf zu verbessern. Das geschredderte Gummi alter Räder soll Weichmacheröle enthalten, die im Verdacht stehen, kreberregend zu sein. Im Oktober d. J. haben dutzende Amateurvereine in den Niederlanden sich dazu entschlossen, die Felder vorerst nicht mehr zu nutzen. Bisher scheint ungeklärt zu sein, ob auch Kunstrasenplätze in Nordrhein-Westfalen betroffen sind.

Vor dem Hintergrund, dass Kunstrasenplätze für die meisten Fußballvereine sehr attraktiv sind und die Kosten für die Beschaffung und Installation bis zu 700.000 € und mehr betragen, ist der Eigenanteil für die meisten Vereine nicht zu stemmen. Aus diesen Gründen besteht die Gefahr, dass die Gesamtkosten durch den Einsatz von Granulat aus Recycling-Material gesenkt werden könnten. Es sind Hersteller auf dem Markt, die auf Wunsch, diese wesentlich günstigere Variante anbieten. Aus diesen Gründen fordern wir die Verwaltung auf, uns einen Sachstandsbericht über die Situation in Duisburg zu geben.“

**„Das Schnitzel ist bei so manchem leider das Einzige, das über den Tellerrand schaut“\***

27. Oktober 2016

Ein Kulturhighlight scheitert in Duisburg an der Hallenmiete. „Das ist mehr als überflüssig und ärgerlich, unter vielen Aspekten“, so die Sprecherin der Linken im Kulturausschuss, Barbara Laakmann. „Erst ist die Halle marode, dann wird sie jahrelang saniert, und dann wird sie für viele potenzielle Nutzer unerschwinglich. Die Linke fordert, dass alle Facetten einer Kultur der Vielfalt angeboten werden, wir wollen eine Stärkung auch der Veranstalter aus Duisburg.“

„Für wen werden Gebäude wie die Mercatorhalle gebaut und unterhalten?“ fragt Barbara Laakmann. Für die Duisburgerinnen und Duisburger, die dort ein ihnen angenehmes Programm vorfinden.

Oder??

Da lässt man die Planung eines in der Duisburger Szene anerkannten Kulturmachers platzen, weil es keine Einigung über eine für beide Seiten akzeptable Miete für den kleinen Saal gibt. Da bricht das Konzept einer vierteiligen Konzertreihe im Jahr 2017 zusammen, es wird keine solchen Konzerte geben. Die Verwaltung kommentiert mit einem hohen Maß an Desinteresse, der Amtsschimmel wiehert, der Kulturmacher wird zum Antragsteller. Nicht, dass es da ein gemeinsames Interesse an einer gut ausgelasteten Halle und einem vielfältigen Programm gibt.

Jetzt bleibt der kleine Saal ungenutzt. Duisburg hat wieder einmal unschöne Schlagzeilen gemacht. Das machen wir LINKE nicht mit.“

\*Zitat: Lilli U. Kreßner (\* 1957) Schriftstellerin, Dichterin, Zeitungskolumnistin

**Linksfraktion steht solidarisch an der Seite der städtischen Beschäftigten**

22. November 2016

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Duisburg wurden auf der Mitarbeiterversammlung am 16.11.2016 von OB Link über neuerliche Kürzungen und Einsparungen auf Kosten des Personals informiert. In einer Resolution fordern die Beschäftigten der Stadt nun die Schaffung von besseren Rahmenbedingungen sowie die Ablehnung der HSP-Maßnahme 0-110031 und damit verbundene weitere Kürzungsmaßnahmen, um auch in Zukunft noch gute und engagierte MitarbeiterInnen bei der Stadt Duisburg zu haben. Hierzu erklärt Martina Ammann-Hilberath, Fraktionsvorsitzende der Linksfraktion Duisburg:

„DIE LINKE im Rat der Stadt Duisburg steht solidarisch an der Seite der städtischen Beschäftigten und unterstützt deren Forderungen. Niemand kann ein Interesse daran haben, eine Stadt auf Kosten des Personals kaputt zu sparen und eine nicht mehr funktionierende Kommunalverwaltung zu schaffen. Der Oberbürgermeister sorgt mit seinen Entscheidungen dafür, dass Duisburg zu einer nicht mehr lebenswerten Stadt heruntergewirtschaftet wird. Junge, gut qualifizierte Menschen werden von solchen Personalmaßnahmen abgeschreckt und wandern ab in die besser aufgestellten Nachbarstädte. Neben der grundsätzlich falschen Personalpolitik begeht der OB darüber hinaus auch noch Wortbruch, indem er in Aussicht gestellte unbefristete Hauswart-Stellen ersatzlos streicht. Wir fordern den OB entschieden auf, sein Wort zu halten.“

Ergänzend erklärt Mirze Edis, Ratsmitglied für DIE LINKE: „Im Gegensatz zum Zeitpunkt der Verabschiedung des Haushaltssanierungsplanes haben sich die Rahmenbedingungen drastisch geändert und es sind massiv zusätzliche Anforderungen auf die Kommune zugekommen, sodass ein Festhalten an dem radikalen Personalabbau unverantwortlich ist. Wir appellieren ganz besonders an alle GewerkschafterInnen im Rat der Stadt Duisburg, sich ihrer Verantwortung für die ArbeitnehmerInnen bewusst zu sein und gegen weitere Personalkürzungen zu stimmen. Gerade bei der Sicherung einer funktionsfähigen Stadtverwaltung brauchen die Beschäftigten die Unterstützung ihrer Gewerkschaften.“

**Äußerungen von Ex-OB Sauerland sind nicht hinnehmbar**

26. November 2016

**Die Äußerungen des ehemaligen Oberbürgermeisters Adolf Sauerland zur Loveparade Tragödie in einem TV-Bericht des WDR sind ein Schlag ins Gesicht der Betroffenen und Angehörigen und lassen jedes menschliche Feingefühl vermissen. Hierzu erklärt die Fraktionsvorsitzende der Linksfraktion Duisburg, Martina Ammann-Hilberath:**

„Der Rat der Stadt Duisburg wurde bereits 2007 mit dem Vorhaben zur Durchführung der Loveparade konfrontiert. Im Zusammenspiel mit den wichtigen politischen und kulturellen Akteuren drängten OB Sauerland und die örtliche CDU-Führung von Anfang an nachdrücklich auf die Durchführung der Veranstaltung. Kritiker wurden als provinziell und als Miesmacher bezeichnet. Wenn sich der Ex- Oberbürgermeister nun hinstellt und behauptet er habe die Loveparade nie in Duisburg gewollt, klingt das wie blanker Hohn für die Opfer und Hinterbliebenen der Katastrophe.

Seine politisch-moralische Verantwortung besteht in erster Linie darin, dass er Chef der Verwaltung war, die die Genehmigung erteilt hat. Das genehmigte Sicherheitskonzept hat nicht funktioniert. Es sind 21 Tote und hunderte Verletzte zu beklagen. Unabhängig von der persönlichen Schuldfrage, welche rein juristischer Natur ist, hätte sich Sauerland diesen Tatsachen stellen müssen. Sich nun die Hände reinzuwaschen ist billig und ein unwürdiges Schauspiel.“

DIE LINKE im Landtag von Nordrhein-Westfalen hat seinerzeit mit ihrer Initiative dafür gesorgt, dass ein Abwahlverfahren durch die Bürgerinnen und Bürger in die Gemeindeordnung aufgenommen und so überhaupt erst ermöglicht wurde.

## **Linke: Kein Raum für extremistische Veranstaltungen in Duisburg**

06. Januar 2017

Am 7. und 8. Januar sollte im städtischen Kinder- und Jugendzentrum RIZ eine Veranstaltung unter dem Namen „Vom Osmanischen Reich bis heute“ stattfinden. Referent dabei sollte ein Kolumnist, der für die islamistische Tageszeitung Yeni Akit schreibt und in der Vergangenheit schon durch nationalistische und islamistische Kommentare negativ aufgefallen ist, sein.

Nach deutlicher Kritik an dieser Veranstaltung hat die Verwaltung lobenswerterweise entschieden, dieser hetzerischen Veranstaltung keine kommunalen Räume zur Verfügung zu stellen.

„DIE LINKE. Duisburg arbeitet mit verschiedenen Menschen aber auch mit Vereinen und Verbänden, Organisationen und Gruppierungen kontinuierlich und konsequent daran, dass die Menschen unterschiedlicher Herkunft in unserer Stadt weiterhin friedlich und solidarisch miteinander zusammenleben. Veranstaltungen, egal ob rechtspopulistischer oder islamistisch-nationalistischer Natur, haben in dieser Stadt nichts zu suchen und sind immer ein Rückschlag für die Integrationsarbeit“, erklärt Kenan Ilhan, integrationspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE. im Rat der Stadt Duisburg.

„Es wäre übel gewesen, wenn Gruppierungen, die den Silvesteranschlag in Istanbul verharmlosen und die Opfer verhöhnern, dieses Gedankengut in unserer Stadt in städtischen Räumlichkeiten verbreiten dürfen. Wir sind froh, dass die Stadt verhindert hat, dass so etwas in ihren Räumen stattfindet“, ergänzt Lukas Hirtz, Sprecher DIE LINKE. Duisburg. „Diese Veranstaltung spielt auf die Spaltung unserer Stadtgesellschaft hin und steht weit außerhalb des demokratischen Grundkonsenses. Auch wenn die Veranstaltung nun in Vereinsräumen, nicht in städtischen, stattfindet, sollte die gesamte Stadtgesellschaft klarmachen, dass in Duisburg kein Platz ist für religiösen Fundamentalismus, Nationalismus oder Revisionismus gibt.“

**Linksfraktion im LVR schlägt Auszeichnung für  
Annegret Keller-Steegmann vor**

13. Januar 2017

Die Duisburger Linksfraktion freut sich darüber, dass der Rheinlandtaler des LVR in diesem Jahr an die Duisburgerin Annegret Keller-Steegmann vergeben wird. Der LVR vergibt diese Auszeichnung seit 1976 an Menschen, die sich um rheinische Kultur verdient gemacht haben.

Der Vorschlag, in diesem Jahr mit Annegret Keller-Steegmann eine engagierte Pädagogin und Kämpferin auszuzeichnen, die sich für interkulturelle Projekte einsetzt, wurde von der Linksfraktion im LVR eingebracht.

Dazu erklärt Martina Ammann-Hilberath, Fraktionsvorsitzende der Linksfraktion Duisburg:

„Wir sind sehr froh, dass in diesem Jahr engagierte Personen, die Projekte aus dem Bereich der Flüchtlingsarbeit und Jugendkulturarbeit initiiert haben, ausgezeichnet werden. Annegret Keller-Steegmann hat sich in besonderem Maße in der kulturellen Bildungsarbeit mit Kindern und Jugendlichen, vornehmlich aus in Übergangswohnheimen lebenden Flüchtlingsfamilien engagiert. Seit Jahrzehnten bemüht sie sich um ein weltoffenes Klima in der Stadt Duisburg, indem sie als Botschafterin der Kulturen unterwegs ist. Insbesondere lag und liegt ihr die Integration benachteiligter Kinder und Jugendlichen über Kunst und Kultur am Herzen. Die Pädagogin engagiert sich seit mehr als 40 Jahren in der politischen Kulturbewegung.

Neben vielen Musik- und Theaterprojekten entstand das Projekt Bahtalo, im März 2013 als Reaktion auf Demonstrationen und Debatten um das Rheinhauser Roma-Quartier "In den Peschen“.

Weiter bemerkt Martina Ammann-Hilberath:

„Wir erleben derzeit eine Zunahme von rassistischen und fremdenfeindlichen Aktivitäten – bundesweit und auch in Duisburg. Gerade deshalb ist eine Auszeichnung für integrative Kulturarbeit nicht nur für die mitwirkenden Kinder und Jugendlichen eine wichtige Wertschätzung. Sie ist auch ein Zeichen für ein weltoffenes und tolerantes Duisburg.